

EINWOHNERRAT

Protokoll

der 22. Sitzung des Einwohnerrates Allschwil (Amtsperiode 2020-2024)

Sitzungsdatum: 6. April 2022
Sitzungsort: Saal Schule Gartenhof, Lettenweg 32, Allschwil
Sitzungsdauer: 18.00 – 21.15 Uhr

Präsenz
Einwohnerrat: Vorsitz Niklaus Morat, Präsident Einwohnerrat
Gemäss Präsenzliste

Gemeinderat: Nicole Nüssli-Kaiser, Präsidentin
Andreas Bammatter
Philippe Hofmann
Christoph Morat (entschuldigt)
Silvia Stucki
Franz Vogt
Robert Vogt

Gemeindeverwaltung: Patrick Dill, Leiter Gemeindeverwaltung
Rudolf Spinnler, Jurist
Yannick Meier, Volontär

Anwesend: Philippe Adam, Mark Aellen, René Amstutz, Alex Beer, Mehmet Can,
Noëmi Feitsma, Sandro Felice, Barbara Grange, Roman
Hintermeister, Matthias Hauptli, Nico Jonasch, Christian Jucker, Astrid
Kaiser, Ueli Keller, Roman Klauser, Anne-Sophie Metz, Niklaus Morat,
Martin Münch, Urs Pozivil, Corinne Probst, Alfred Rellstab, Evelyne
Roth, Christoph Ruckstuhl, Miriam Schaub, Melina Schellenberg,
Lucca Schulz, Florian Spiegel, Claudia Sigel, Pascale Uccella, Simon
Trinkler, Henry Vogt, Basil Wagner, Jörg, Waldner, Etienne Winter,
Jean-Jacques Winter, Stephan Wolf

Entschuldigt: Rolf Adam, Andreas Bärtsch, Patrick Kneubühler, Swen Wyss

2/3-Mehrheit: 18.00 Uhr 33 Anwesende = 22
18.35 Uhr 34 Anwesende = 23
18.40 Uhr 35 Anwesende = 24
18.55 Uhr 36 Anwesende = 24

Bereinigte Traktandenliste

1. Postulat von Matthias Häuptli, GLP, Sandro Felice, Grüne, vom 20.10.2021, betreffend **Massnahmen zur Verkehrsreduktion im Masterplan Binningerstrasse**
Antrag des Gemeinderates: Entgegennahme und Abschreibung
Geschäftsvertretung: VP Franz Vogt Geschäft 4589

2. Bericht des Gemeinderates vom 17.11.2021, sowie der Bericht der Kommission für Bauwesen und Umwelt, vom 31.1.2022 und 21.3.2022, betreffend **Revision des Reglements über die Abfallbewirtschaftung der Einwohnergemeinde Allschwil, sowie Beantwortung der Motion betreffend Überarbeitung Abfallbewirtschaftungsreglement, 2. Lesung**
Geschäftsvertretung: GR Philippe Hofmann Geschäft 4467C/D/E/F

3. Postulat von Simon Trinkler Grüne, vom 7.12.2021, betreffend **Zwischennutzung Kiosk Lindenplatz**
Antrag des Gemeinderates: Nichtentgegennahme
Geschäftsvertretung: GR Robert Vogt Geschäft 4596

4. Motion von Simon Trinkler, Grüne, vom 7.12.2021, betreffend **Tempo 20 Lindenplatz**
Antrag des Gemeinderates: Nichtentgegennahme
Geschäftsvertretung: GR Philippe Hofmann Geschäft 4597

5. Motion von Simon Trinkler, Grüne, vom 7.12.2021, betreffend **Spielplatz Lindenplatz**
Antrag des Gemeinderates: Nichtentgegennahme
Geschäftsvertretung: GR Andreas Bammatter Geschäft 4598

Nach der Pause:

- INFO-FENSTER DES GEMEINDERATES
 - FRAGESTUNDE
-

Für das Protokoll:

Christine Rügsegger / Nicole Müller, Sachbearbeiterin Einwohnerratssekretariat

Einwohnerratsprotokoll Nr. 22 vom 6. April 2022

://: Das Protokoll wird ohne Änderung genehmigt.

Der Präsident des Einwohnerrates Allschwil

Niklaus Morat

Begrüssung / Mitteilungen des Präsidenten

[[Entschuldigungen / Präsenz siehe Protokolleingang]]

Niklaus Morat, Präsident: Bitte Platz nehmen, so können wir beginnen. Geschätzte Anwesende. Ich möchte Sie zur April-Einwohnerratssitzung begrüßen. Zuerst kommen wir zu den Entschuldigungen. Für heute Abend haben sich entschuldigt: Andreas Bärtsch, Rolf Adam und Gemeinderat Christoph Morat. Verspätet kommen Alex Beer, Barbara Grange und Philippe Adam. Mehr Meldungen habe ich nicht. Wir kommen zur Präsenz. Herzlichen Dank.

Wir kommen zu den Mitteilungen des Präsidiums. Zuerst mal, ihr habt gesehen, wir tragen keine Masken mehr, aber die Bestuhlung ist nach wie vor mit Abständen. Wir entscheiden an der nächsten Bürositzung, ob wir künftig eine andere Sitzordnung hier stellen oder nicht. Das werden wir nun von Sitzung zu Sitzung entscheiden. Die Verpflegung könnt ihr am Platz einnehmen, darüber haben wir nicht wirklich entschieden. Ihr könnt natürlich auch draussen essen. Nach der Sitzung bitte zügig den Saal verlassen, damit der Hausmeister den Saal schliessen kann. Draussen im Foyer kann man weiter diskutieren, die Aussentüren schliessen automatisch. Bei dieser Sitzordnung: wie immer, die Leute ganz hinten bitte deutlich aufstrecken, damit unsere Stimmzählenden es etwas einfacher haben.

Ich habe eine Information über das eine Verfahrenspostulat von Florian Spiegel, der deren vier eingereicht hatte. Eines haben wir überwiesen. Eigentlich hätten wir an der heutigen Sitzung einen Bericht darüber abliefern müssen. Ich habe mit Florian Spiegel Verbindung aufgenommen, und weil das Vierte noch nicht abgeklärt ist, kommt der Bericht dann zusammen mit der Beantwortung des vierten Verfahrenspostulats. Daher ist das heute noch nicht der Fall. Im Weiteren ist ein Dankeschreiben des Vereins *Versteckte Armut Allschwil-Schönenbuch* an den Gesamteinwohnerrat eingegangen. Sie bedanken sich sehr herzlich für die Spende, die wir im Dezember gesprochen haben. Ich habe noch eine andere Mitteilung, und zwar aus dem OK *50 Jahre Einwohnerrat*. An der letzten Sitzung, an der das OK zusammenkam - das OK besteht übrigens aus acht Leuten, aus jeder Partei hier ist eine Person dabei - haben wir beschlossen, dass wir auf dieses Fest verzichten wollen. Aus aktuellem Anlass finden wir, wir könnten dieses Geld anderweitig einsetzen. Wie genau, wissen wir noch nicht. Man sprach von einer Spende, aber das ist nicht ganz so einfach. Wir können nicht einfach einen ungebrauchten Budgetposten spenden. Wir werden dies ebenfalls an der nächsten Bürositzung traktandieren und anschliessend allenfalls an der Mai-Sitzung, am 11. Mai, mit einer Sondervorlage oder einem sonstigen Antrag an euch gelangen. Das waren die Informationen.

Dringliche Interpellationen liegen mir keine vor, aber es liegt mir eine dringliche **Motion** vor. Diese lautet: **Wiederaufnahme Umgestaltung Lindenplatz**. Eingereicht von Personen von den Grünen, SVP, SP, EVP und der AVP. Möchte jemand zur Dringlichkeit sprechen?

Etienne Winter, SP-Fraktion: Geschätzter Präsident, werte Kolleginnen und Kollegen, werter Gemeinderat. Zur Dringlichkeit ist eigentlich ... Ich meine das ganze Geschäft haben wir ja etwas angestossen, und ich bin dankbar, dass sich Zahlreiche zurückgemeldet haben. Vor zwei Wochen sind wir hier auf einzelne Exponentinnen und Exponenten der Parteien/Fraktionen eingetreten. Die Dringlichkeit ist eigentlich relativ trivial, und zwar haben wir heute drei weitere Geschäfte, die sich um den Lindenplatz drehen. Es macht keinen Sinn, wenn wir das Thema Lindenplatz, das hatte ich bereits an der zuvor durchgeführten Sitzung erwähnt, getrennt behandeln. Wir würden gerne beliebt machen, dass wir diese Motion, die eigentlich eine Übergeordnete ist und den Nagel einschlagen sollte, dass wir hier wieder die Verantwortung übernehmen, die wir angestossen haben und sie gleichzeitig mit den drei Vorstössen, welche Teilaspekte dieses Platzes begutachten, behandeln. Wir sind der felsenfesten Überzeugung, dass man zuerst den Nagel einschlagen sollte, wie weiter, und nicht über einzelne Teilaspekte referieren sollte. Aus diesem Grunde die Dringlichkeit und der Wunsch, diese heute gemeinsam zu behandeln.

Niklaus Morat, Präsident: Herzlichen Dank. Dann stimmen wir über die Dringlichkeit dieser Motion ab. Falls ihr dieser Dringlichkeit zustimmt, wird die Motion noch vor den drei traktandierten Geschäften zum Lindenplatz behandelt. Wer die **Dringlichkeit** dieser Motion geben möchte, soll das bitte deutlich mit der Karte zeigen.

://:

Für die Dringlichkeit ist eine 2/3-Mehrheit nötig. Diese liegt im Moment bei 22. Ihr habt tatsächlich mit 22 Ja, 8 Nein und 3 Enthaltungen der Dringlichkeit zugestimmt. Wir werden es also nach Traktandum 3 besprechen.

Niklaus Morat, Präsident: Weitere dringliche Vorstösse liegen nicht vor, aber übrige Vorstösse. Sie liegen überall auf.

Da ist das **Geschäft 4606**, Interpellation betreffend Stand Ausbau des Glasfasernetzes in Allschwil, von Mehmet Can. Möchten Sie etwas dazu sagen?

Mehmet Can, SP-Fraktion: Geschätzter Präsident, im Moment nicht. Danke schön.

Niklaus Morat, Präsident: Weiter das **Geschäft 4607, 4608, 4609**. Dies sind drei Postulate betreffend öffentlich zugänglicher Trinkwasserbrunnen in Allschwil, jeweils von Etienne Winter. Möchten Sie dazu etwas sagen? Das ist nicht der Fall, besten Dank.

Wir kommen zur Traktandenliste. Sie wurde rechtzeitig zugestellt. Gibt es Änderungswünsche an der Traktandenliste? Das ist nicht der Fall. Ich stelle fest, dass die Traktandenliste in der vorliegenden Form genehmigt ist.

01.030 Einwohnerrat

Traktandum 1

Postulat von Matthias Häuptli, GLP, Sandro Felice, Grüne, vom 20.10.2021, betreffend Massnahmen zur Verkehrsreduktion im Masterplan Binningerstrasse
Antrag des Gemeinderates: Entgegennahme und Abschreibung
Geschäftsvertretung: VP Franz Vogt, Geschäft 4589

Niklaus Morat, Präsident: Zuerst erhält einer der Postulanten das Wort.

Sandro Felice, EVP/GLP/Grüne-Fraktion: Geschätzte Anwesende, geschätzter Präsident. Wir haben bei der Beratung der Binningerstrasse Masterplan den gleich lautenden Antrag für in den Masterplan gestellt. Dannzumal hat uns der Gemeinderat nahegelegt, dies als Postulat einzureichen. Bzw. hat er sich sogar dazu bereit erklärt, dies als Postulat entgegen zu nehmen. Was er jetzt zwar macht, aber dass es gleichzeitig abgeschrieben werden soll, sehen wir nicht ganz gleich. Wir fragen an, ob man prüfen muss, prüfen möchte... also, Entschuldigung: Wir würden gerne wissen, welche Massnahmen getroffen werden. Wir würden das gerne geprüft und berichtet haben. So wie in der Ablehnung des Postulats geschrieben steht, ist eine Studie in Auftrag, was schon mal den ersten Teil beinhalten würde, dass man es prüft und anschaut. Das ist schon mal gut. Der zweite Teil, nämlich darüber berichten, was denn für konkrete Massnahmen überhaupt geplant sind, würde noch fehlen. Deshalb sehen wir es nicht, dass man das Postulat bereits jetzt abschreiben kann. Danke schön.

Niklaus Morat, Präsident: Besten Dank. Nun erhält das Wort Gemeinderat Franz Vogt.

Franz Vogt, Gemeinderat: Sehr geehrter Herr Präsident, geschätzte Anwesende. Der Präsident hat es gesagt, der Gemeinderat beantragt Ihnen Entgegennahme und gleichzeitige Abschreibung dieses Postulats. Dies nicht, weil er meint, die Anliegen seien nicht berechtigt, sondern weil der Gemeinderat der Meinung ist, dass das, was zum jetzigen Zeitpunkt gesagt werden kann, bereits gesagt ist und vor allem im Masterplan eigentlich doch schon abgebildet ist. Wie seinerzeit bei der Kenntnisnahme des Masterplans gesagt, wird das Gebiet ohne die geforderten zusätzlichen Massnahmen, ohne die Mobilitätskonzepte nicht funktionieren. Der zentrale Punkt ist die Tramlinie, also das Gebiet Binningerstrasse ist absolut zentral, dass das natürlich mit öV und Fuss- & Veloverkehr erschlossen wird. Es ist absolut nicht im Interesse des Gemeinderats, dort zusätzlichen Autoverkehr zu generieren. Deshalb sind wir der Meinung, dass wir das Postulat entgegennehmen, aber dass der Rat es eigentlich jetzt gleich auch abschreiben könnte.

Niklaus Morat, Präsident: Besten Dank. Nun sind die Fraktionssprecherinnen und -sprecher aufgefordert etwas zu sagen. Bitte meldet euch beim 1. Vizepräsidenten.

Miriam Schaub, EVP/GLP/Grüne-Fraktion: Geschätzter Präsident, geschätzte Anwesende, lieber Gemeinderat Franz Vogt. Wir begrüßen sehr die Anstrengungen des Gemeinderats in dieser Sache. Wir haben einfach ein verfahrenstechnisches Problem. Und zwar: Eigentlich wird ein Postulat erst beschrieben, wenn es erfüllt ist. Deshalb finden wir das einfach so nicht korrekt. Wir würden das Postulat gerne stehen lassen und einfach warten, bis es erfüllt ist. Danke schön.

Jean-Jacques Winter, SP-Fraktion: [stumm]

Niklaus Morat, Präsident: Ja, das habe ich zu Beginn meiner Mitteilungen vergessen zu erwähnen. Es hat nicht jeder ein Mikrophon auf dem Tisch. Ihr müsst ein wenig abwechseln. Es hat ein paar Mikrophone, die nicht funktionieren.

Jean-Jacques Winter, SP-Fraktion: Okay, Danke vielmals. Ich könnte sonst auch ganz sicher laut genug sprechen. Ja, ein Postulat heisst: prüfen und berichten. Okay. Man kann sagen, man hat es geprüft, man hat darüber berichtet und erledigt. Ich habe zuvor vom Gemeinderat gehört, zum jetzigen Zeitpunkt sei das, was wir wissen, gesagt. Wenn ich über die Verkehrs- und Bausituation in Allschwil nachdenke, dann wechselt es permanent. Ich an der Parkallee: heute eine Brücke, morgen ein Loch. Ich komme kaum mehr hinaus. Heute mussten mir die Arbeiter – Entschuldigung, muss ich sagen – den Veloanhänger und das Velo hineintragen, weil sie gerade das Trottoirrandli bauen mussten. Habt ihr eine Ahnung, was in zwei, drei Jahren läuft? Ich bin der Meinung, ich unterstütze das Postulat gerne. Wir lassen es mal stehen. Heute ist klar was läuft. Aber wie geht es weiter, welche ganze Technik, Wirtschaft und Umwelt kommt auf uns zu? Geben wir doch dem Gemeinderat und der Verwaltung die Chance, in einem Jahr noch einmal dazu Stellung nehmen zu können. Danke schön.

Ueli Keller, EVP/GLP/Grüne-Fraktion: Geschätzte Anwesende. Ich nehme an, ich darf zu diesem Masterplan Binningerstrasse auch eine Frage stellen, nicht nur zur Frage der Abschreibung oder Nichtabschreibung des Postulats. Ist das so, Herr Präsident?

Niklaus Morat, Präsident: Ich denke mal, man kann eine Frage stellen, ja, wenn sie nicht sehr ausschweifend ist.

Ueli Keller, EVP/GLP/Grüne-Fraktion: Gut, mit dem Ausschweifen haben wir zwei immer ein wenig einen Strauss ... Gut, meine Frage bezieht sich auf den Verkehr. Bei diesem Masterplan Binningerstrasse geht es ja nicht im Wesentlichen um den Verkehr. Ich möchte gerne vom Gemeinderat wissen: Beim Verkehr haben wir, etwas deutlich gesprochen, in Allschwil und dessen Umfeld einigermaßen ein Flickwerk und eine Pflasterlipolitik. Wir haben jetzt zwar einen Vorstoss, Motion Felix Keller, für eine Umfahrungsstrasse, wir haben einen Vorstoss, Motion Marco Agostini, für die Stärkung anderer Verkehrsmassnahmen als die, welche für das Auto gut sind, und wir haben einen Vorstoss, Postulat Christine Frey, für einen Parkplatz auf französischem Gebiet. Nicht zuletzt haben wir auch eine Autobahnzubringer-Geschichte. Ich wiederhole einfach das, was ich schon mehrmals gesagt habe. Mir fehlt bei dieser Verkehrspolitik eine umfassende Planung. Ich war sehr begeistert, als ich das Video des Oberbürgermeisters von Weil, vom Maire von Huningue und von der Verkehrsdirektorin Basel-Stadt gesehen habe, in dem sie sagen, wir benötigen eine Kultur von Zusammenarbeit, wenn wir die Verkehrsprobleme wirklich lösen wollen. Meine Frage an den Gemeinderat ist: Was ist denn nun in diesem Sinne regional und nützlich für Allschwil vorgesehen, konkret auch im Zusammenhang mit der Binningerstrasse, die ja verkehrstechnisch erheblich relevant ist.

Franz Vogt, Gemeinderat: Jawohl, lieber Ueli. Also die Binningerstrasse liegt natürlich nicht direkt an der Grenze, aber du hast nun auch verschiedene Landratsvorstösse angesprochen. Der Wichtigste für mich ist im Moment die Landratsvorlage zum Zuba. Ich komme deshalb darauf zu sprechen, denn das Konzept beruht dort ja auf drei Pfeilern. Du hast eben nicht nur den Zuba, der Autos, den MIV, repräsentiert, sondern, ganz wichtige Punkte oder ebenso wichtig sind der Langsamverkehr, der Fuss- & Veloverkehr, der aktive Verkehr – wie Basel-Stadt neu so schön sagt, also man muss im Verkehr wirklich aktiv etwas tun. Dann folgt in der zweiten Etappe das Tram Bachgraben, wofür wir unsererseits praktisch bereit sind. Es wird noch zu eruierten sein, wo es dann tatsächlich wendet. Der Hegenheimerweg ist soweit bereit, um ein Tram hinbringen zu können. Das grössere Problem wird auf Seiten Basel-Stadt sein. Aus diesem Grund ist es wichtig, dass zuerst der Zuba kommen kann, damit

überhaupt Platz für diese Tramverbindung geschaffen wird. Der Zuba hat natürlich auch einen ganz wichtigen Ast, nämlich jenen Richtung Frankreich. Dort gibt es auch letzten Endes eine flankierende Massnahme, damit man den Franzosen hilft, endlich ihr Hegenheim-Häsigen zu realisieren. Denn das Problem ist, sie müssen immer auf Geld aus Paris warten, und das erhalten sie nicht. Eigentlich wäre gar nicht so viel Geld nötig. Es wird bereits seit 20 oder 30 Jahren davon gesprochen, dass es dort nur einen Anschluss zur Autobahn – es ist keine Autobahn, es ist eine Schnellstrasse – benötigt, welche unter dem Flughafen durchgeht. Dadurch wären die Dörfer Häsigen und Hegenheim, die doch morgens und abends sehr stark belastet sind, entlastet. Und dann, das wäre wieder der Konnex zu Allschwil, der Zollübergang Hegenheim-Allschwil würde deutlich entlastet werden, was dem Quartier beim Grabenring sicherlich zu Gute käme. Bei der Binneringerstrasse ist es so, dass sie eigentlich die meistbefahrenste Strasse in Allschwil ist. Man hat dort die grössere Verkehrszahl als auf der Baslerstrasse. Der Verkehr wird dort gar nicht gross wachsen können. Der Kanton ist daran, das BBK, die Binneringerstrasse neu zu planen, damit das Tram überhaupt Platz haben wird und der Verkehr weiter fließen kann. Es wird an den Knotenpunkten Verbesserungen geben, damit der Verkehr flüssig bleibt. Aber man muss klar sagen, es kann nicht eine grosse Steigerung des Verkehrs geben, weil man bereits jetzt auf einem hohen Level steht. Mehr wird es nicht ertragen, sonst wird es grössere Rückstaus geben. Das ist dann der Punkt, an dem die Leute dann einen anderen Weg nehmen würden. Mehr Kapazität auf der Binneringerstrasse wird es nicht geben. Man sieht auch, die Zahlen haben seit 1980 keine grosse Steigerung erfahren, aus dem einfachen Grund, weil nicht mehr möglich ist und es sonst Stau geben würde, und die Leute dann einen anderen Weg finden.

Zum Verkehrskonzept Allschwil kann ich dir noch das REK empfehlen. Darin sind unter «Verkehr» die Grundsätze der Verkehrspolitik von Allschwil, wohin man will, schön aufgezeichnet. Deshalb habe ich zuvor mit dem Zuba begonnen, denn ohne Fuss- & Veloverkehr und ohne öV kommen wir nicht weiter. Dies werden in Zukunft die zentralen Punkte, die zentralen Verkehrsträger sein.

Niklaus Morat, Präsident: Das war unverkennbar unser Gemeinderat Franz Vogt, fürs Protokoll. Nächster Sprecher ist Stephan Wolf, anschliessend Matthias Häuptli.

Stephan Wolf, Die Mitte-Fraktion: Danke vielmals, sehr geehrter Präsident, liebe Ratskolleginnen und -kollegen, liebe Gemeinderätinnen und Gemeinderäte. Es ist absolut richtig, wir wissen alle nicht, was in zwei oder drei Jahren sein wird. Wenn wir das aber konsequent zu Ende denken würden, würde das bedeuten, dass man jedes Postulat eigentlich stehen lassen müsste. Das kann ja auch nicht der Sinn der Sache sein. Deshalb sind wir von der Mitte-Fraktion der Meinung, dass man dieses Postulat nun als erledigt abschreiben sollte.

Matthias Häuptli, EVP/GLP/Grüne-Fraktion: Herr Präsident, geschätzte Anwesende. Es geht hier nun eigentlich nicht um eine Verfahrensfrage, ob man es abschreibt oder nicht, sondern es geht darum, ob man dem Gemeinderat einen Auftrag erteilt oder nicht. Es ist schön, dass er das entgegennehmen will, aber es geht ja auch darum, dass sich der Einwohnerrat dahinter stellt. Wenn ein Postulat überwiesen und gleich abgeschrieben wird, dann ist es eben abgeschrieben, es ist erledigt. Der Auftrag ist im Grunde genommen nirgends mehr. Er ist dann auch auf der Verwaltung nicht mehr vorhanden. Uns geht es darum, dass man dieses Thema in der anstehenden Planung aufnimmt. Es ist klar, dass eine Antwort auf dieses Postulat nicht innert drei Monaten und möglicherweise auch noch nicht in einem Jahr erfolgen kann. Die Antwort aber muss dann erfolgen, wenn das zu behandelnde Geschäft spruchreif ist. Dann kann man mit diesem Geschäft, das man dann bringt, was auch immer das sein wird, es wird ja irgendetwas benötigen, das solche Massnahmen umsetzt, seien es Quartierpläne oder in der Zonenplanung oder ein separates Reglement, was auch immer, irgendetwas wird es benötigen, falls man es umsetzen will und kann, dann kann man im Zuge dessen das Postulat auch abschreiben. Das ist eigentlich der ganz normale Vorgang. Es verwundert mich nun ein wenig, dass so quasi gesagt wird, man könne keine Postulate eingeben, die nicht auch kurzfristig beantwortet werden können. Das ist nicht der Sinn eines Postulats. Danke schön.

Philippe Hofmann, Gemeinderat: Geschätzter Präsident, geschätzter Einwohnerrat. Ich möchte nur kurz auf Ueli Keller eingehen, bzw. Franz Vogt ergänzen. Was wir in einer überregionalen Planung tun müssen, ist z.B. eine Parkraumbewirtschaftung. Ich erinnere an meine Informationen, dass Allschwil Teil einer angestrebten, trinationalen Parkraumharmonisierung ist. Es bleibt weiterhin dabei, dass wir da mitmachen und zu gegebener Zeit es wieder Sitzungen geben wird und Bestrebungen, dass wir da weitermachen können. Jetzt machen wir erst einmal unsere Sache mit der Parkraumbewirtschaftung in Allschwil, danach können wir uns auch wieder in jenem Forum engagieren. Es gehört auch zur Planung, wen das die Binneringerstrasse betrifft, und halt eben in ganz Allschwil und in allen Nachbargemeinden, die dabei mitmachen.

Ueli Keller, EVP/GLP/Grüne-Fraktion: Ich danke Gemeinderat Franz Vogt für seine Antwort. Mich freut es, Gemeinderat Philippe Hofmann, dass Ansätze im Gange sind. Was ich gehört habe, ist für mich Grund zu bitten, das Postulat stehen zu lassen. Und zwar aus zwei Gründen: Der erste ist, ich möchte nicht wieder eine Überraschung wie beim Bachgraben erleben, wo man betreffend Verkehr plötzlich sagt, oh hätten wir doch früher hingeschaut. Der zweite ist, wir haben jetzt bei diesem Postulat die Chance, den Gemeinderat zu motivieren, die Optionen, die Gemeinderat Franz Vogt und Gemeinderat Philippe Hofmann erwähnt haben, noch besser zu konkretisieren. Deshalb: Bitte lasst das Postulat stehen, verbunden mit der Erwartung, dass die regionale Verkehrsplanung nachhaltig konkretisiert wird.

Roman Klausner, AVP: Herr Präsident, geschätzte Kolleginnen und Kollegen. Es heisst ja: *Das Postulat betreffend Verkehrsreduktion im Masterplan Binningen*. Nun weiss man, dass das Tram 8 bis ungefähr hierhin geführt werden sollte. Man weiss aber auch, dass wir den Bus und den ganzen Verkehr ganz normal weiterlaufen lassen. Also wir reduzieren ihn nicht, sondern wir bauen zusätzlich noch ein Tram. Da frage ich mich, ob das wirklich eine Reduktion ist, denn das Tram macht nur Sinn, wenn es bis ins Dorf, bis zum 6er, fahren kann. Alles, was hier drin ist mit dem Kehrplatz auf dem Turnplatz hier nebenan, ist für mich etwas, das zusätzlich unsinnig ist, was man sich wirklich überlegen muss, wenn man es macht. Deshalb finde ich, dass in diesem Postulat nirgends beantwortet wurde, was Verkehrsreduktion heissen soll.

Henry Vogt, SVP-Fraktion: Herr Präsident, geschätzte Anwesende. Vielleicht sehe ich es komplett anders. Aber diese Verkehrspolitik, die wir in Allschwil haben, ist absolut erkennbar. Sie ist soweit in ganz Allschwil erkennbar. Wir haben die Baslerstrasse, auf der die Autos mittlerweile hinter dem Trämli her tuckern, wir haben überall mehr Velowege, was auch gut ist. Es ist ganz klar erkennbar, überall haben wir mehr Velowege. Wir sprechen von Temporeduktion 30 in ganz Allschwil. Dies ist ebenso ganz klar erkennbar. Dies zähle ich klar zur Verkehrspolitik. Wir haben mit der Tempo-30-Zone eine weitere Reduktion von Parkplätzen. Das gehört auch zur allgemeinen Verkehrspolitik in ganz Allschwil. Ich glaube nicht, dass das nun in der Binnerstrasse, in diesem Masterplan, ganz anders herauskommt. Man wird sich genau über dieselben Punkte unterhalten, wie man es in den letzten Quartierplänen usw. getan hat. Deshalb finde ich halt, dass dieses Postulat soweit unnötig ist, denn wir werden es ja behandeln und dementsprechend abschreiben, oder sogar, dass es zurückgezogen wird. Danke schön.

Miriam Schaub, EVP/GLP/Grüne-Fraktion: Geschätzte Anwesende, geschätzter Präsident, lieber Henry Vogt. Ich würde auch gerne in der Stadt wohnen, wo du wohnst. Inhaltlich können wir ja anderer Meinung sein, aber ich möchte einfach wirklich noch einmal erinnern, auch an Stephan Wolf, es geht nicht darum, es einfach stehen zu lassen. Sondern es geht darum, dass man dem Gemeinderat diesen Auftrag erteilt. Der ist weder formell noch materiell erfüllt. Also das Postulat ist übrigens noch gar nicht überwiesen.

Florian Spiegel, SVP-Fraktion: Besten Dank. Geschätzter Präsident, geschätzte Ja-Seite. Matthias Häuptli oder an eure Fraktion eine konkrete Frage: Wenn ich nun mit euch stimme und das Postulat stehen lasse, habe ich die Zusage von euch, dass ihr, wenn Tempo 30 in den Rat kommen würde, mit uns stimmen, dass wir es absetzen, bis das Resultat von diesem Postulat bekannt ist oder nicht?

Niklaus Morat, Präsident: Es gibt dazu offenbar keine Antwort.

Jean-Jacques Winter, SP-Fraktion: Ich benötige noch ein paar Stimmbänder. Herr Präsident, lieber Henry Vogt. Deine Voten gerade eben haben mich sehr begeistert. Ich würde gerne, das, was du über Tempo 30, über Velowege, über Parkraum etc. gesagt hast, aus dem Protokoll, welches ich sicher in ein paar Tagen erhalten werde, ausdrucken. Ich komme zu dir, mit Datum und Unterschrift von dir selbstverständlich, und ich werde die nächste Gelegenheit packen und sagen, ja in dieser Stadt würde ich auch gerne wohnen. Ja, Halleluja. Ich bin der Meinung, wir müssen es stehen lassen. Das ist eine Aufgabe, das ist eine Idee, die in die Vision einfließen muss. Wir benötigen weitere Visionen, wir benötigen Ideen, und nicht, dass wir sagen, wir wüssten was läuft, und es sei erledigt. Henry, ich komme vorbei.

Sandro Felice, EVP/GLP/Grüne-Fraktion: Geschätzter Präsident, geschätzte Anwesende. Ich habe zuvor eigentlich nur etwas zur Abschreibung gesagt und wenig Inhaltliches. Zum Inhalt wollte ich noch sagen: Beim Masterplan Binnerstrasse ging es ja vor allem um die baulichen Themen. Es sind

zwar auch einzelne Verkehrselemente enthalten, aber hauptsächlich fokussiert er sich auf die Vorgehensweise der Entwicklung. Aufgrund der Entwicklung wird es, wenn man es so umsetzen will, viel mehr Geschäfte geben, viel mehr Wohnungen. Ziel des Postulats ist, dass man dazu auch ein Verkehrskonzept erstellt, welches das Wachstum abzeichnet und aufzeigt, wie das alles aufgefangen wird. Aufzeigt, ob das, was bereits geplant ist - u.a. wie zuvor erwähnt ob das Tram, so wie es geplant ist - überhaupt Sinn macht und ob es ausreicht. Oder ob es wie gesagt auch Verkehrsströme gibt, die gar nicht dem Tram entlangführen. Oder ob es weitere Massnahmen benötigt, ob es Verkehr gibt, der nun gar nicht aufgefangen ist. Man muss doch eigentlich analysieren, wie es jetzt um den Verkehr steht, wie er in Zukunft sein wird, und mit welchen Massnahmen man ihn umleiten wird, so wie man das auch - zwar mit schwachen Resultaten - beim Zuba sieht. Dort wurde auch analysiert, wie es mit und wie es ohne Zuba aussieht. Das Resultat davon würde mich interessieren. Ich fände es gut, wenn wir das dann im Rat anschauen könnten, wenn das Postulat beantwortet ist. Das ist es nun leider eben noch nicht. Gleichzeitig ist nun von dieser Studie die Rede, welche die Basis dafür sein kann. Die war mir bis jetzt nicht bekannt. Die ist auch nicht öffentlich. Es ist auch in der Antwort oder Begründung für die Abschreibung nicht erwähnt, dass sie veröffentlicht wird. Wenn wir das dann irgendwann erst bei einem Quartierplan sehen können, in einem Einzelfall, was es ist, ist es zu spät. Dann ist es wie im Bachgrabengebiet. Es würde Sinn machen, dass man es zuvor anschaut und ein schlaues Konzept hat, das wir anschauen können und vielleicht als gut befinden oder vielleicht auch noch Ergänzungen oder Anmerkungen dazu haben. Das ist u.a. auch das Ziel dieses Postulats. Ich würde es schätzen, wenn man es stehen lassen und überweisen könnte.

Urs Pozivil, FDP-Fraktion: Geschätzter Präsident, liebe Kollegen und Kolleginnen. Wir von der FDP-Fraktion sind für die Nicht-Entgegennahme dieses Postulats. Denn wir denken, das sollte auf Stufe Quartierplan schlussendlich geregelt werden. Jetzt aber eine wirkliche Frage, damit ich mich mental darauf vorbereiten kann: Wie läuft die Abstimmung nachher? Es gibt ja diese drei Optionen. Es gibt Nicht-Entgegennahme, Entgegennahme sowie Entgegennahme und Abschreibung. Worauf muss ich mich einstellen, wie läuft das genau ab? Das würde mich Wunder nehmen.

Niklaus Morat, Präsident: Es ist so: Das Postulat wurde eingereicht. Der Gemeinderat hat gesagt Entgegennahme. Übrigens damals im Februar ohne den Zusatz der Abschreibung, einfach Entgegennahme. Nun benötigt es im Grunde genommen einen Gegenantrag aus dem Rat, ansonsten ist es überwiesen. Jetzt geht es eigentlich nur noch darum, ob es direkt abgeschrieben ist oder ob es stehen bleibt. Also, wenn kein Gegenantrag eingereicht wird, ist das Postulat überwiesen.

Franz Vogt, Gemeinderat: Danke schön. Nur kurz zu Sandro Felice. Der Masterplan wurde ja ausgearbeitet, es wurde vorgängig ein Wettbewerb mit drei Teams durchgeführt. Diese drei Teams mussten explizit erstens Architektur, zweitens einen Landschaftsarchitekten und drittens ein Verkehrsplanerteam aufweisen. Also der Verkehr war ein zentraler Teil dieses Masterplans Binnerstrasse. Ich bitte euch, dies hier in diesem Bericht noch einmal nachzulesen. Ich habe versucht, es zu Beginn zu sagen, der Masterplan Binnerstrasse funktioniert nicht ohne Verkehrskonzept. Das ist ein ganz zentraler Punkt. Das ist auch der Grund, weshalb der Gemeinderat Ihnen beantragt, das entgegen zu nehmen und gleich abzuschreiben.

Henry Vogt, SVP-Fraktion: Gemäss unserem Präsidenten stelle ich den Antrag auf Nicht-Überweisung. Danke schön.

Niklaus Morat, Präsident: Gut, wenn die Rednerliste erschöpft ist, kommen wir nun zuerst zur Abstimmung, ob das Postulat überwiesen wird oder nicht. Jetzt liegt ein Gegenantrag vor. Wer das Postulat überweisen möchte, soll das bitte deutlich mit der Karte zeigen. - Und nun wer für die Nicht-Überweisung ist, soll das mit der Karte zeigen.

://:

Das Postulat ist mit 20 Ja, 11 Nein und 4 Enthaltungen überwiesen.

Nun stimmen wir darüber ab, ob es direkt abgeschrieben wird oder nicht. Wer dafür ist, dass das Postulat direkt abgeschrieben wird, soll das bitte jetzt mit der Karte zeigen.

://:

Das ist sehr knapp: 16 Leute sind für die Abschreibung, 17 sind dagegen, 3 haben sich enthalten. Somit ist dieses Postulat überwiesen und bleibt noch stehen.

01.030

Einwohnerrat

Traktandum 2

Bericht des Gemeinderates vom 17.11.2021, sowie der Bericht der Kommission für Bauwesen und Umwelt, vom 31.1.2022 und 21.3.2022, betreffend

Revision des Reglements über die Abfallbewirtschaftung der Einwohnergemeinde Allschwil, sowie Beantwortung der Motion betreffend

Überarbeitung Abfallbewirtschaftungsreglement, 2. Lesung

Geschäftsvertretung: GR Philippe Hofmann, Geschäft 4467C/D/E/F

Niklaus Morat, Präsident: Da es einen neuen Kommissionsbericht gibt, erhält zuerst der Kommissionssprecher der KBU das Wort. Das ist heute Abend Matthias Häuptli.

Matthias Häuptli, KBU-Vizepräsident: Danke schön. Herr Präsident, geschätzte Anwesende. Die KBU hat dieses Geschäft nach der 1. Lesung noch einmal beraten. Der Bericht liegt Ihnen vor. In zwei Punkten beantragt die KBU von der ersten Fassung der Kommission abzuweichen. Zum einen betrifft dies die Frage nach der Quartierkompostieranlage. Die Beratung hat ergeben, dass die Mehrheit auch der Meinung ist, dass die ursprünglich vorgeschlagene Bestimmung zu restriktiv ist. Dort wurde vorgeschlagen, dass im Quartierplanverfahren mit überwiegender Wohnnutzung der Bau einer Quartierkompostieranlage vorgeschrieben wird. Die KBU möchte nun beliebt machen, dass dort «vorgeschrieben» mit «angestrebt» ersetzt wird. Also die Gemeinde soll es anstreben. Das bedeutet konkret, dass der Gemeinderat mit den Bauherrschaften solcher Quartierpläne das Gespräch aufnehmen soll, ob man eine Quartierkompostieranlage errichten kann. Dann aber eben ein Ermessen besteht, ob es im konkreten Fall dann auch wirklich sinnvoll ist. Es ist einfach ein Auftrag im Sinne, darauf hinzuwirken.

Der zweite neue Antrag betreffend dann den § 17, die Selbstverpflichtung der Gemeinde. Zum einen haben wir an dieser Stelle über den Antrag in Abs. 3 diskutiert, worin es darum geht, ob man nur «so weit möglich» oder halt eben ohne diese Einschränkung dafür sorgen soll, bzw. der Gemeinderat dafür sorgen soll, dass Abfälle aus gemeindeeigenen Anlagen und Betrieben für Separatsammlungen separat gesammelt und wiederverwertet werden. Die KBU ist der Auffassung, dass es richtig ist, dass man es nicht einschränkt, dass man «so weit möglich» verzichtet. Wie der ursprüngliche Antrag lautet. Daran wird festgehalten. Andererseits kommen wir in Abs. 4 auf den ursprünglichen Text des Gemeinderats zurück, wo es darum geht, möglichst wiederverwertbare Materialien einzusetzen. Das sind die Anträge der KBU. Damit habe ich geschlossen.

Niklaus Morat, Präsident: Herzlichen Dank. So hat nun das Wort Gemeinderat Philippe Hofmann.

Philippe Hofmann, Gemeinderat: Geschätzter Präsident, geschätzter Einwohnerrat. Danke schön auch an die KBU für die vorliegenden Präzisierungen. Es freut mich, dass wir uns im Hin- und Herverfahren annähern und einen Konsens anstreben können. Ich gehe auf die einzelnen, im Kommissionsbericht genannten Forderungen ein. Bei § 7, Abfuhr die Gemeinde, bleibt es so wie gehabt. Es gab keine wesentliche Änderung. Hier ist auch der Gemeinderat explizit weiterhin der Meinung, es müsse nicht unbedingt drinstehen, die Erwähnung in der Verordnung würde eigentlich ausreichen. Aber wenn es seitens Einwohnerrat eine Notwendigkeit ist, dass er es unbedingt, explizit genannt haben möchte, können wir damit leben. Bei den biogenen Abfällen, § 10, - Moment schnell, es streikt (Mikrofon) meine Darstellung... Also, ich finde es gut, dass die Vorschrift von «müssen» zu «anstreben» geändert wurde. Denn dies weist Anreizcharakter und nicht Vorschriftscharakter auf. Trotzdem muss man sich bei allem im Klaren sein, es steht und fällt stets mit dem Mitmachen der dort wohnenden Leute. Ich glaube, das ist die grösste Aufgabe seitens der Gemeinde, die wir haben, dass wir Leute dazu bewegen können, nicht nur so eine Kompostieranlage einzurichten, sondern sie auch zu betreiben und über die ganzen Jahre hinweg weiterbetreiben zu wollen. Darauf werden wir bestimmt unser Augenmerk richten und es auf diese Weise machen. Wir haben ja eine Beratung, die auch rege genutzt wird. Wenn wir nun «anstrebt» drin haben, ist das sicher im Sinne des Gemeinderats, und zusammen mit der Beratung, die wir sowieso schon leisten, erreichen wir das, was machbar ist, vorausgesetzt, der Wille ist bei den Leuten auch vorhanden. Womit ich nicht ganz einverstanden bin, ist bei § 17, Selbstverpflichtung der Gemeinde, dass man in Abs. 3 «soweit möglich» gerne streichen würde. Das Problem ist einfach, dass wenn man die Wörter «soweit möglich» löscht, haben wir die

Situation, dass es keine einzige Ausnahme gibt. Das wäre dann wirklich ausnahmslos. Das ist schlicht nicht verhältnismässig. Es ist dieselbe Argumentation, wie jene in Abs. 4, die erfreulicherweise aufgenommen wurde. Man muss sich das folgendermassen vorstellen: Haben wir «soweit möglich» nicht drin, sind wir dann ganz pingelig. Dann gibt es vielleicht gewisse Anlagen, bei der vielleicht eine einzige Aludose irgendwann einmal pro Woche oder weiss nicht wann, etwas verursachen. Dafür dann einen Sammelbehälter auszustatten und dafür wiederum den Transport zur Wiederverwertung zu organisieren, ist nicht verhältnismässig. Deshalb schreibt man an dieser Stelle «soweit möglich». Zu Abs. 4: Dankeschön, ich finde den so gut, den können wir sicher so stehen lassen. Es freut mich, dass wir es wieder so übernehmen können. Soweit fürs Erste.

Niklaus Morat, Präsident: Gut, herzlichen Dank. Damit sind die Fraktionssprecherinnen und -sprecher nun gefragt, falls neue Aspekte vorliegen. Bitte beim 1. Vizepräsidenten melden.

Stephan Wolf, Die Mitte-Fraktion: Danke vielmals. Wir von der Mitte-Fraktion haben uns an der letzten Fraktionssitzung ausführlich noch einmal mit dieser Vorlage beschäftigt. Ich möchte ganz kurz zusammenfassen, was unsere Meinung zu § 7 ist. Der ist aus unserer Sicht problemlos. Auch der Antrag der Kommission - nützt es nichts so schadet es nicht! – man kann das durchaus reinschreiben. Es wird sowieso bereits so gelebt. Bei § 10 haben wir erfreut zur Kenntnis genommen, dass anstatt «vorschreiben» nun «anstrebt» vorgesehen wird. Damit können wir vollumfänglich leben. Das ist gut, wenn man das anstrebt. Man darf aber auch nicht vergessen, wir haben auch die grünen Biotonnen. Wenn sich ein Quartier eher dafür entscheidet, sollte man nicht mit einer Quartierkompostieranlage ein Obligatorium schaffen, das im Grunde genommen niemand will. Bei § 17, Abs. 3, sehen wir auch das Problem, wenn man den Wortlaut so lässt wie er ist, und auch das «soweit möglich» löscht, hat das, wenn man diesen Satz wirklich wortwörtlich nimmt, zur Folge, dass nicht nur separate Sammelstellen zur Verfügung stehen müssen, sondern dass die Gemeinde gewährleisten muss, dass auch tatsächlich separat gesammelt und wiederverwertet wird. Wenn man das dann etwas auf die Spitze treibt, hätte es zur Folge, dass neben jedem Sammelcontainer ein Polizist stehen und aufpassen müsste, dass nicht irgendjemand vorsätzlich oder aus Opposition ganz bewusst z.B. Aludosen ins Papier wirft oder umgekehrt. Wir könnten uns vorstellen, dass man die separaten Sammelstellen zur Verfügung stellt, nur müsste man den letzten Teilsatz wahrscheinlich etwas anders formulieren: Anstatt «... separat gesammelt und wiederverwertet werden.» müsste man vielleicht schreiben: «... um eine separate Sammlung und Wiederverwertung zu ermöglichen.», oder irgend so etwas in diesem Sinne, damit man nicht plötzlich Polizisten benötigt, die jede Sammelstelle überwachen. Danke vielmals.

Niklaus Morat, Präsident: Es liegen keine weiteren Wortmeldungen vor. Gibt es eine Wortmeldung in der allgemeinen Beratung?

Jean-Jacques Winter, SP-Fraktion: Herr Präsident, Kolleginnen und Kollegen. Ich hatte es hier mal angestossen, dass man das Reglement, welches 20 Jahre alt ist, mal überarbeiten sollte. Ich weiss noch, was ich aus dem Kreis des Gemeinderats gehört habe: Ob ich nicht lesen könne? Ich wurde hier ziemlich angegriffen. Was ich wollte, sei alles schon vorhanden. Auch vom Einwohnerrat musste ich mir Dinge anhören, ich hätte keine Detailfragen gestellt. Das ist auch richtig so. Das Reglement ist 20 Jahre alt, wir haben daran gearbeitet. Ich bin sehr froh und spreche dem Gemeinderat und der Verwaltung ein Dankeschön aus, dass sich viel daran geändert hat, es ist Einstellungssache. Wir sind mit der Umwelt, mit der Gesellschaft, mit der Wirtschaft unterwegs. Und wir werden noch lange unterwegs sein. Wir sind täglich unterwegs. Es geht bestimmt keine 20 Jahre mehr, bis dieses Reglement noch einmal überarbeitet wird. Ich denke nur, immer noch unser Youngster im Fernsehen mit dem Tetra... Es gibt andere Dinge, die ich weiss. Es gibt Gemeinden, die sammeln Korkzapfen. Die kann man weiterverwerten etc. Ich weiss auch, Roman Meury, er war einmal Gemeinderat und Rektor an der Sekundarschule Allschwil, hatte einmal die Idee und zusammen mit dem Gemeinderat die Vision, dass niemand aus Allschwil mehr als 500 Meter zu einer Sammelstelle gehen muss. Er fuhr per Velo mit der Kommission durch Allschwil und schaute sich die Plätze an. Einige konnten wir realisieren, andere nicht. Ich denke einfach, Gemeinderat und Verwaltung, ich bin froh, dass ihr das gemacht habt. Ich bin sehr froh, dass es so durchgeht. Aber ich denke, über den nächsten Vorstoss in dieser Richtung müssen wir in der Hälfte der 20er, spätestens, darüber sprechen. Denn auch die Gesellschaft und Umwelt, alles verlangt ein wenig mehr als nur ein bisschen wie: man geht da oder dort hin und macht das Möglichste. Nein, wir müssen das tun, was wirklich wichtig ist. Kurz und bündig, Phippe: vielen Dank für euren Einsatz auf der Verwaltung und im Gemeinderat. Ich bin in 20 Jahren vielleicht nicht mehr im Einwohnerrat dabei, aber ich denke, es gibt hier bestimmt Leute, die in dieser Richtung weiterdenken. Denkt daran, das ist eine Kernaufgabe für uns. Danke schön. Merci Verwaltung, merci Gemeinderat.

Niklaus Morat, Präsident: Wenn es keine weiteren Wortmeldungen gibt, kommen wir jetzt zur 2. Lesung. Entschuldigung, Gemeinderat Philippe Hofmann, haben Sie die Hand noch aufgestreckt? Nicht? Gut. Dann kommen wir zur 2. Lesung. Einerseits kommen die KBU-Anträge, andererseits ist noch ein Sachantrag von der SP eingegangen. Lucca Schulz wird sich dann beim § 10 melden. Nun übergebe ich das Wort dem 2. Vizepräsidenten.

Abschnitt 1 ALLGEMEINE BESTIMMUNGEN

§ 1 Zweck und Geltungsbereich

keine Wortmeldungen

§ 2 Grundsätze Abfallvermeidung

keine Wortmeldungen

§ 3 Begriffe

keine Wortmeldungen

§ 4 Zuständigkeiten

keine Wortmeldungen

§ 5 Information

keine Wortmeldungen

§ 6 Rechte und Pflichten der Abfallinhaberinnen und Abfallinhaber

keine Wortmeldungen

Abschnitt 2 ORGANISATION DER ÖFFENTLICHEN ENTSORGUNG

§ 7 Abfuhr durch die Gemeinde

keine Wortmeldungen

Niklaus Morat, Präsident: Entschuldigung, hier müsste nun aber der Antrag der KBU kommen.

Matthias Häuptli, KBU-Vizepräsident: Herr Präsident, geschätzte Anwesende. Ich habe keinen Antrag gestellt, weil ich davon ausgegangen bin, dass die Beratung der Anträge von der KBU ausgehen wird. Wenn wir also zwei Lesungen haben, ist es wohl der Bericht 4467 E. Wenn niemand sonst einen anderen Antrag stellt, wären die Anträge der KBU eigentlich genehmigt. Danke schön.

Niklaus Morat, Präsident: Ja, das ist richtig. Wenn kein Gegenantrag zur KBU gestellt wird, werden sie am Schluss gutgeheissen. Gut. Bitte fortfahren.

§ 8 Kehricht und Sperrgut

keine Wortmeldungen

§ 9 Separatsammlungen

keine Wortmeldungen

§ 10 Biogene Abfälle

Lucca Schulz, SP-Fraktion: Geschätzter Präsident, geschätzte Anwesende. Wir haben das in der Fraktion auch noch einmal gut angeschaut und wir bleiben eigentlich mehrheitlich bei dem, was die KBU im ersten Bericht gesagt hat. Wir finden es eine sehr gute Idee. Geradezu revolutionär. Das unterstützen wir natürlich. Wir finden, dass es die Idee der KBU verdient hätte, mindestens darüber abgestimmt zu werden. Als ich gehört habe, dass das Reglement kein Vorschriftencharakter haben soll, finde ich das etwas sonderbar. Denn wofür macht man ein Reglement, wenn man keine Vorschriften drin haben will? Deshalb, wenn wir das wollen, wenn wir meinen, dass es richtig ist, dass die Kompostieranlagen in den Quartierplan gehören, dann müssen wir unserer Meinung nach oder gemäss der Meinung einer Mehrheit in unserer Fraktion auch diesen Schritt gehen und es vorschreiben, anstatt ein wenig Wischiwaschi zu betreiben. Denn schlussendlich wissen wir, dass es ansonsten wahrscheinlich nie geschehen wird.

Matthias Häuptli, KBU-Vizepräsident: Herr Präsident, geschätzte Anwesende. Die KBU hat, wie ich bereits erwähnt habe, diesen Paragraphen noch einmal beraten und kam zum Schluss, dass der ursprüngliche Antrag zu strikt ist und zu wenig Ermessen übriglässt. Sie beantragt deshalb, dass der neue Wortlaut «lit d. bei Quartierplanverfahren mit überwiegender Wohnnutzung den Bau einer Quartierkompostieranlage anstrebt.» sein soll. In diesem Sinne beantrage ich namens der KBU den Antrag der SP abzuweisen.

Stephan Wolf, Die Mitte-Fraktion: Danke vielmals. Ich möchte eigentlich meinen Vorredner unterstützen, der das Wesentliche dessen, was ich geplant habe zu sagen, bereits erwähnt hat. Zwischen Anreiz schaffen, fördern oder unterstützen einerseits und vorschreiben andererseits besteht ein grosser Unterschied. Ich meine, dass es nicht zielführend ist, wenn wir hier Obligationen schaffen, zumal man mit diesen grünen Biotonnen Alternativen haben. Ich meine, jeder Haushalt und jedes Quartier sollten selbst autonom genug sein, zu entscheiden, welche Lösung sie wählen. Ich bin absolut dafür, dass man es fördert und anstrebt. Aber ich bin dagegen, dass man das vorschreibt.

Philippe Hofmann, Gemeinderat: Geschätzter Präsident, geschätzter Rat, lieber Lucca Schulz. Ich habe es zuvor vielleicht etwas falsch ausformuliert betreffend Vorschriftencharakter. Ein Reglement hat dann Vorschriftencharakter, wenn es Sinn macht und es Möglichkeiten gibt, um es durchzusetzen, wenn ich eine Handhabung besitze, um es konsequent durchsetzen zu können. Wir können sicher durchsetzen, dass irgendwo eine Kompostieranlage eingerichtet wird. Kein Problem. Die Freifläche können wir dafür nutzen. Oder, im Negativfall, wenn es nicht benötigt wird, verschwenden. Denn, ich wollte es zuvor klar aussprechen, es steht und fällt einzig und alleine mit der Durchsetzbarkeit, mit dem Willen, dem Engagement der dort wohnenden Leute. Ihnen können wir es nicht vorschreiben. Wenn sie das nicht wollen, dann betreiben sie es nicht oder betreiben es auf falsche Weise. Dann ist gar niemandem geholfen. Ich möchte auch nicht, dass wir unser eigenes verfügbares System mit den Biotonnen mit einer neuen Vorschrift kannibalisieren. Sondern, es geht um eine sinnvolle Ergänzung. Wir müssen etwas tun, das praktisch ist. Wir müssen etwas tun, was den Leuten nützt. Deshalb ist das «Anstreben» eigentlich der einzig sinnvolle Weg. Anstreben ist nicht Wischiwaschi, im Gegenteil, sondern Anstreben beginnt indem wir die Leute darauf aufmerksam machen, indem wir sie übers Kompostieren aufklären. Dies tönt zwar etwas trivial, verbirgt aber eine halbe Wissenschaft dahinter, wenn es sauber getan werden will, damit es nicht fault. Drittens geht es vor allem auch darum, dass wir die Leute dann in der Beratung davon überzeugen und dafür gewinnen können. Hier sehen wir unseren wesentlichen Punkt. Mit einer Vorschrift ändern wir nichts. Null und gar nichts. Keine einzige Anlage wird dadurch besser betrieben. Darum geht es. Ob eine errichtet wird ist das eine, der Betrieb ist das andere, und den Betrieb erreichen wir vor allem dadurch, dass wir die Leute überzeugen können. Dies tun wir auf einer anderen Ebene als im Reglement, welches so vorschreiben will. Ich möchte daher sehr beliebt machen, dass man hier der KBU folgt, dass man dieses Anstreben mitnimmt, dass das unsere Grundlage sein soll. Den Rest an Überzeugungsarbeit leisten wir auf der Verwaltung.

Florian Spiegel, SVP-Fraktion: Geschätzter Präsident, geschätzte Anwesende. Die SVP-Fraktion hält ebenfalls am Antrag der KBU fest und zwar noch aus dem weiteren, folgenden Grund: Wir finden es richtig, dass, wenn die Bauherren von einer solchen Überbauung es fokussieren möchten, es in ihrer eigenen Kompetenz und in ihrem eigenen Einflussgebiet liegt. Was wir aber ebenfalls als sehr zielführend erachten, sind die Biotonnen, die zum grossen Teil nach Pratteln in die Biogasanlage geliefert werden, zur Gewinnung von Biogas oder dem sog. dekarbonisierten Gas, was wir als Strategie unterstützenswert empfinden. Deshalb finden wir, dass, wenn es keine Kompostieranlage gibt und es der Biogasanlage zugeführt wird, damit der Kreislauf der erneuerbaren Ressourcen auch wieder geschlossen ist. Wir finden das sehr unterstützenswert. Deshalb werden wir den Antrag der KBU, dass es nur fakultativ sein soll, unterstützen.

Lucca Schulz, SP-Fraktion: Merci. Zu den grünen Tonnen: Also, muss man schon sagen, wir reden darüber, dass es im Quartierplan vorgeschrieben wird. Wie viele Quartierpläne behandeln wir hier im Rat? Ich schätze mal, zwei pro Jahr. Es wäre ja nicht so, dass wir dann grüne Tonnen verbieten oder die komplett kannibalisieren. Dann all das, Aufklären etc., ist uns auch klar, dass es nicht damit getan ist, wenn es im Quartierplan drinsteht. Aber das könnt ihr auf der Verwaltung ja genauso tun, wenn wir den Antrag nun annehmen. Das würde ja nicht ausgeschlossen. Wenn wir es jetzt vorschreiben, heisst das nicht, dass ihr nicht hingehen könnt aufzuklären etc. Zum Schluss: Wir wollen ja nur, dass in den Quartierplänen vorgeschrieben wird, dass es eine Kompostieranlage gibt und dann jene Person, also der dann Verantwortliche diese betreibt. Es werden auch andere Dinge in einem Quartierplan vorgeschrieben. Wieso soll es nun so unmöglich sein, eine Kompostieranlage vorzuschreiben?

Philippe Hofmann, Gemeinderat: Geschätzter Präsident, geschätzter Einwohnerrat, lieber Lucca Schulz. Natürlich sind es nur wenige QP, das ist klar. Denn es ist auch etwas Spezielles. Nur die Tragweite jedes einzelnen QP ist entsprechend grösser als von kleineren, vorhandenen Baugesuchen. Damit sind immer relativ viele Leute damit verbunden. Wir sprechen hier über die Richtung, wo es heisst, dass man eine erstellen soll. Wir sprechen nicht über den Betrieb. In einem QP haben wir bisher noch nie jemandem vorschreiben können, wie er es betreiben muss. Man kann viel in einen QP reinschreiben. Wir könnten auch schreiben, dass Platz für ein Kleinflugzeug vorhanden sein muss, damit es irgendwo landen kann. Wenn das niemand hat und niemand will und niemand macht, ist es Unsinn und nützt nichts. Ich möchte daher gerne im QP und überhaupt in Reglementen einfache Dinge drin haben, die a) praktisch, nützlich sind und man b) durchsetzen kann. Ich kann, wie ich zuvor erklärt habe, das Einrichten, Bereitstellen durchsetzen. Wenn man es aber anschliessend mangels Interesses oder Wissens oder Sonstigem nicht betreibt, dann haben wir einfach irgendwo einen Paragraphen, der sagt, ihr müsst eine Kompostieranlage hinstellen, egal ob ihr sie danach nutzt oder nicht. Das wissen wir dann nicht, denn das können wir nicht durchsetzen. Das macht keinen Sinn.

Niklaus Morat, Präsident: Die Rednerliste zu diesem Punkt ist erschöpft. Somit stellen wir diese zwei Anträge einander gegenüber. Wer dem Antrag der KBU folgen möchte, soll das bitte jetzt deutlich mit der Karte zeigen. Und wer den Antrag der SP annehmen möchte, bitte jetzt mit der Karte zeigen.

://:

Der Antrag der KBU hat obsiegt mit 23 Stimmen zu 10 Stimmen bei 3 Enthaltungen.

Wir fahren weiter in der 2. Lesung. Bitte René Amstutz.

§ 11 Sonderabfälle

keine Wortmeldungen

§ 12 Bereitstellung der Abfälle

keine Wortmeldungen

Abschnitt 3 FINANZIERUNG

§ 13 Verursacherprinzip

keine Wortmeldungen

§ 14 Gebühren

keine Wortmeldungen

§ 15 Abfallrechnung

keine Wortmeldungen

§ 16 Ausserordentliche Abfallentsorgung durch die Gemeinde

keine Wortmeldungen

Abschnitt 4 SELBSTVERPFLICHTUNG

§ 17 Selbstverpflichtung der Gemeinde

Matthias Häuptli, KBU-Vizepräsident: Herr Präsident, geschätzte Anwesende. Es gibt hier zwei Punkte, über die die KBU diskutiert hat. Ich beginne vom Schluss her, mit dem, was wahrscheinlich weniger umstritten ist. Zu Abs. 4 schlägt die KBU vor, dass man zurück geht auf die Formulierung «möglichst wiederverwendbare Materialien». Die KBU kam zum Schluss, wie das auch vom Gemeinderat in der 1. Lesung ausgeführt wurde, dass diese Formulierung, die man unterschiedlich verstehen kann, eigentlich quasi weitergehend ist, im Sinn von Materialien sollen so wiederverwendbar als möglich sein. Insofern ist das eine Formulierung, der man folgen kann. Der entsprechende Antrag wird von der KBU gestellt.

Dann möchte ich mich zu Abs. 3 äussern, weil bereits angetönt wurde, dass wahrscheinlich auch wieder ein Antrag zu dieser Formulierung kommt, die die KBU vorschlägt, «soweit möglich» zu streichen. Diese Streichung kommt davon, dass befürchtet wird, dass wenn man sagt, soweit möglich, dies ein wenig ein Freipass ist. Dass man halt immer dann, wenn es ein wenig unbequem ist, sagt, es geht halt nicht. Und wenn es halt nicht geht, ist es eben nicht möglich, und man ist von dieser Verpflichtung befreit. Die KBU ist aber der Meinung, dass es möglich sein muss, dies in der Gemeindeverwaltung durchzusetzen. Dass man Abfälle, die wiederverwertbar sind, separat sammelt, und dass man organisatorisch dafür sorgt. Wir halten dies für relativ unproblematisch und zu diesem Zweck muss man auch nicht überall einen Polizisten hinstellen, denn es geht, wie gesagt, um die Gemeindeverwaltung und ihre Anlagen und Betriebe. Dort kann man Weisungen erteilen und im Normalfall kann man erwarten, dass es auch eingehalten wird. Wenn man die Weisung erteilt, dass beispielsweise Aludosen separat zu sammeln sind, dann muss es halt auch eingehalten werden. Wenn nun irgendwo gerade nicht so ein Extra-Container steht, weil vielleicht nur ein, zwei Dosen pro Woche anfallen, kann man auch den Verwaltungsangestellten zumuten, dass sie diese dann halt wieder mitnehmen und dort ordentlich entsorgen, wo es die separate Sammlung gibt. Ich glaube, das ist nicht zu viel verlangt. Daher hält die KBU an ihrem ursprünglichen Antrag fest. Danke schön.

Philippe Hofmann, Gemeinderat: Geschätzter Präsident, geschätzter Einwohnerrat. Matthias Häuptli, Danke vielmals. Wie gesagt, Abs. 4 ist okay. Handkehrum bei Abs. 3, «soweit möglich», sind ich und der Gesamtgemeinderat nach wie vor dezidiert der Meinung, dass es so drinstehen muss. Die Argumentation ist Verhältnismässigkeit und Durchsetzbarkeit. Wenn wir bei Abs. 4 sagen, dass wir eine Verhältnismässigkeit aufgrund von «möglich» reinnehmen sollen, kann man das mit derselben Argumentation auch bei Abs. 3 einsetzen. Umgekehrt, es gibt keine stringente Erklärung, weshalb man es bei Abs. 3 nicht können sollte, und bei Abs. 4 soll man es können. Auch dort geht es wieder ein wenig darum, mit derselben Thematik wie zuvor, das tönt nun alles gut mit Weisungen erlassen und mit der Zumutung für die Gemeindeangestellten, dass sie es mit nach Hause nehmen. Alleine das können wir einfach nicht kontrollieren. Ich finde das nun auch nicht gerade sehr praktikabel, wenn man das so tun würde. Deshalb sagen wir «soweit möglich». Ich meine, der § 17 heisst immerhin «Selbstverpflichtung der Gemeinde». Man kann dabei schon heraushören, dass «soweit möglich» kein Bequemlichkeitscharakter hat, sondern dass es einen Verhältnismässigkeitscharakter hat, wie es überall verhältnismässig und praktisch sein soll. Ich möchte nun niemandem von den hier angestellten

Personen per se unterstellen, dass sie bequem sind und überhaupt eine Weisung grundsätzlicher Natur benötigen, um sich daran zu halten. Sondern, ich gehe davon aus, dass wir mit Überzeugungen arbeiten können, grundsätzlicher Natur. Wenn das für einmal nicht der Fall ist, weil es die Ausnahme der Ausnahme ist und etwas sehr Seltenes ist, à la bonheur, da müssen wir fünf gerade sein lassen, denke ich. Deshalb bin ich weiterhin der Meinung, dass dort «soweit möglich» weiterhin drinstehen soll, damit sich dann auch eine gewisse Flexibilität ergibt, nicht im Sinne von Faulheit, sondern im Sinne von «was möglich ist, wird getan».

Matthias Häuptli, EVP/GLP/Grüne-Fraktion: Herr Präsident, geschätzte Anwesende. Ich spreche nun nicht als Kommissionssprecher, sondern im eigenen Namen. Ich möchte einen Antrag stellen. Dieser liegt bereits auf. Und zwar zu § 17 Abs. 4. Ich habe es bereits in der 1. Lesung angesprochen. Der Verzicht auf Wegwerfgeschirr und Getränkedosen, die im Reglement postuliert wird, halte ich für ein wenig undifferenziert. Beispielsweise gerade auch, was die Getränkedosen betrifft, die nicht immer die schlechtesten Gebinde sind. Ich denke, es ist nicht wahnsinnig zukunftsweisend, wenn man eine solche Vorschrift ins Reglement schreibt. Ich möchte Ihnen daher beliebt machen, dass man stattdessen sagt, dass die Gemeindeverwaltung eine Liste von Materialien führt, auf die zu verzichten sind. Dann kann man das nämlich auch aktualisieren und ein wenig differenzierter und wahrscheinlich auch umfassender zusammenstellen. Danke schön.

Jean-Jacques Winter, SP-Fraktion: Merci vielmals. Herr Präsident, Kolleginnen und Kollegen. Zwei Dinge zu Punkt 3 und Punkt 4. Bei Punkt 4 sprechen wir eigentlich von wiederverwertbaren Materialien. Sprich Geschirr, Besteck, Gläser etc. Bei Punkt 3 sprechen wir von Abfällen. Das sind ganz unterschiedliche Dinge. Dass die Gemeinde den Finger draufhält, das habt ihr gemacht, übrigens Bravo, ich machte ja einst den Vorstoss hier, aufgrund dessen der Bürgergemeinde übrigens und auch des Musikvereins, die Wegwerfgeschirr benutzten und mir sogar ein Einerli im Wegwerfgeschirr serviert hatten. Das war nicht sehr gut angekommen. Es hiess dann «Wir sind hier nicht in Basel.» Das ist alles anders, jetzt haben wir wiederverwertbares Geschirr hier. Es ist einiges geschehen. Ich sage es noch einmal: Bei Abs. 4 geht es einfach wirklich darum, dass wir nicht Geschirr und Materialien benutzen, die draussen in einem schwarzen Containersack enden. Bei Abs. 3 sprechen wir von Abfällen. Ich möchte das ganz genau differenziert haben. Ich unterstütze vollkommen den Antrag von Matthias. Ich finde es auch großartig – Getränkedosen – was haben wir in drei oder vier Jahren? Da haben wir ganz andere Dinge, da haben wir PET-Flaschen, alles Mögliche, was hinzukommt, was halt wirklich auch anders gehandhabt sein muss. Ich bin froh, Matthias, für deinen Vorschlag. Dem kann ich vollkommen folgen. Und denkt daran, bei Abs. 3 sprechen wir von Abfällen und nicht von irgendetwas Wiederverwertbarem. Das sind eigentlich zwei ganz unterschiedliche Entsorgungsvarianten, in diesem Sinn.

Philippe Hofmann, Gemeinderat: Geschätzter Präsident, geschätzter Rat. Ich möchte noch etwas zum vorliegenden Antrag sagen. Wenn man nun dies hier in diesem Sinn einfach ergänzt, nebst Wegwerfgeschirr und Getränkedosen, die explizit genannt wurden, wenn wir also eine Materialienliste erstellen müssen, dann macht die Verwaltung diese Liste. Das hat für mich aber eher Verordnungscharakter. Denn ein Reglement ändert der Einwohnerrat und nicht der Gemeinderat. Die Verordnung kann der Gemeinderat ändern und das Reglement kann nur der Einwohnerrat ändern. D.h. in diesem Fall, bei jeder kleinen Änderung, die wir auf dieser Materialienliste vornehmen müssten / wollten, müsste das, wenn es so wäre, in den Einwohnerrat. Ausser es wird in der Verordnung irgendwo präzisiert, davon lese ich aber hier nirgends was. So verstehe ich das. Für diese Liste, die man führen müsste, sehe ich nicht, welchen Mehrwert es bringt. Es geht wirklich darum, dass wir sagen, beim vorhandenen Geschirr wollen wir das nicht und die Getränkedosen haben wir miteinbezogen. Sicherlich werden viele Dinge recycelt. Aber man darf nicht vergessen, die Herstellung von Alu ist ein riesiger, energieintensiver Prozess. Deshalb sind explizit Getränkedosen aufgeführt. Ich möchte gerne beliebt machen, dass es so stehen bleibt, wie es formuliert ist.

Stephan Wolf, Die Mitte-Fraktion: Danke vielmals. Ich möchte zuerst mit § 17 Abs. 3 beginnen. Ich unterstütze hier den Antrag des Gemeinderats. Und zwar auch, weil, wenn man es so formulieren würde, wie von der Kommission vorgeschlagen, dann könnte man das Verhältnismässigkeitsprinzip nicht mehr anwenden. Wir haben zuvor von Philippe Hofmann gehört, dass sich die Gemeinde selbst verpflichtet und nicht einfach darauf verzichtet, damit «soweit möglich» nicht als Freipass angeschaut wird, sondern wirklich bestrebt ist, dass, wenn immer es möglich wäre, es so tun werden. Ich nehme an, das wird heute auch zu Protokoll genommen, davon gehe ich aus, das kann dann bei der Auslegung dieser Reglementsnorm dann auch sehr behilflich sein. Ich meine, mit dem Wortlaut, der von der Gemeinde vorgeschlagen wurde, ist dem Sinn des Reglements bereits Genüge getan. Zu Abs. 4 möchte ich noch erwähnen: Ich habe nun den Antrag, der nun hier vorne aufgeschaltet ist,

angeschaut. Ich weiss nicht, ob die Gemeindeverwaltung einfach eine Liste führen kann, und diese dann Weisungscharakter oder was auch immer hat. Ich meine, wenn man eine solche separate Norm ins Reglement nehmen will, heisst das, dass andere dann konkretisieren, auf welche Materialien verzichtet werden sollen, dann müsste das nicht die Gemeindeverwaltung tun, sondern der Verordnungsgeber. Dann wäre das auch nicht die Gemeindeverwaltung, die eine Liste führt, sondern der Gemeinderat, der das in einer Verordnung festhält.

Matthias Häuptli, EVP/GLP/Grüne-Fraktion: Herr Präsident, geschätzte Anwesende. Ich spreche nun zu meinem eigenen Antrag. Ich kann nicht nachvollziehen, wie die formalistischen Einwände hier eingebracht werden. Der Antrag ist, dass man den expliziten, strikten Verzicht aus dem Abs. 4 herausschneidet und an dessen Stelle schreibt: «Die Gemeindeverwaltung führt eine Liste von Materialien, auf die zu verzichten sind. Damit ist die Rechtsgrundlage geschaffen, damit die Gemeindeverwaltung das tun kann, und logischerweise auch, damit es für die Gemeindeverwaltung verbindlich ist. Selbstverständlich muss man anschliessend nicht das Reglement ändern, wenn die Liste geändert wird. Das ist absurd. Selbstverständlich benötigt es auch nicht irgendeinen Sprung über die Verordnung, denn die Grundlage ist ja im Reglement vorhanden. Wenn dort die Gemeindeverwaltung zu etwas beauftragt wird, benötigt es dazu nicht noch eine Verordnung. Das verstehe ich nicht. Es geht darum, dass man es unbürokratisch und unkompliziert auch aktualisieren kann. Ich glaube, man muss verstehen, wie eine Gemeindeverwaltung funktioniert. Es gibt einen Gemeindeverwalter. Wenn der Gemeinderat dies an ihn delegiert, dann legt er fest, wer diese Liste führt. Damit ist es verbindlich und für jeden Gemeindeangestellten klar, dass man es auf diese Weise umsetzt. Danke schön.

Philippe Hofmann, Gemeinderat: Geschätzter Präsident, geschätzter Rat. Nun noch einmal konkret zum Antrag von Matthias Häuptli. Ich habe versucht, mir schnell zu überlegen, was es heisst, wenn wir eine Liste führen müssten. Wir wollen, dass wir nicht Wegwerfgeschirr haben, dass wir keinen Abfall produzieren. Wenn ich das nun gerne auf Materialien umsetzen möchte, müsste ich reinschreiben, was nicht in Frage kommt. Das ist Papier, Karton, Plastik, Bambus-Essgeschirr, Zellulose-, Maisstärke-... aus was zum Kuckuck auch immer heute Teller sein können. Das ist sicher nicht im Sinne des Erfinders. Dann schreibe ich noch hin: Alu. Und wenn ich mit PET beginne, haben wir das nächste: Wollen wir denn das? Dann haben wir sechs unterschiedliche Plastik, gewisse sind zugelassen, weil sie der PET-Sammlung zugeführt werden und andere nicht. Bei den Tetra-Packs wird es noch viel schwieriger, dort ist auch noch verschiedene Materialität enthalten. Das kann man so nicht runterbrechen. Dann noch etwas ganz Grundsätzliches, also ich bin sehr erstaunt: Wer macht denn hier eigentlich Politik? Also das ist doch der Einwohnerrat und der Gemeinderat, die Politik machen und die ganze Sache vorschreibt. Sicher nicht die Verwaltung. Es kann doch überhaupt nicht die Verwaltung sein, die hier Vorschläge macht, wie es zu handhaben ist. Das macht ihr, liebe Einwohnerrät*innen, das ist euer Job und ihr macht das so, wie es vorliegend ist, und der Gemeinderat hat das umzusetzen. So verstehe ich jedenfalls unsere demokratischen Spielregeln. Die Verwaltung ist dazu da, damit Grundlagen in der operativen Umsetzung geschaffen werden können. Aber ganz und gar nicht für die Politik.

Jean-Jacques Winter, SP-Fraktion: Danke schön. Herr Präsident, Kolleginnen und Kollegen. Wir wollen nicht aufzählen, was es braucht. Wir wollen einen Grundsatz, eine Entscheidung, was läuft. Ich denke, wir machen doch Abs. 4 einfach so: «Die Gemeindebehörden und die der Gemeinde unterstellten Schulen und Betriebe nutzen bei ihren Anlässen wiederverwertbare Materialien.» Punkt. Weshalb dann noch eine Aufzählung erstellen? Wir geben raus, dass wir das anwenden, was machbar ist. Nicht aufzählen, ich begreife, dass das sehr schwierig ist. Aber wenn ich den zweiten Satz weglassen kann. Ich habe es dann schriftlich. Aber es wäre vielleicht eine Idee, um darüber nachzudenken.

Niklaus Morat, Präsident: Herr Winter, möchten Sie einen Antrag stellen? Dann müssten wir den schriftlich haben. Dann hätten wir drei Anträge zu Abs. 4. – Gut, ich schlage vor, bis Jean-Jacques Winter mit dem Antrag zu Abs. 4 soweit ist, gehen wir zu Abs. 3. Also, so wie ich es nun verstehe, gibt es einen Antrag der KBU und es gibt einen Gegenantrag vom Gemeinderat. Diese müssen wir einander gegenüberstellen. Es betrifft den Abs. 3. Die KBU möchte «soweit möglich» streichen und der Gemeinderat beantragt, dass das drinbleibt. Wer für den Antrag der KBU ist, soll das bitte mit der Karte zeigen.

://:

Es sind 27 Leute für den Antrag der KBU, 9 Gegenstimmen, 0 Enthaltungen.

Niklaus Morat, Präsident: Gut, nun müssen wir tatsächlich auf den Antrag warten. Nun, jetzt ist es so, wir haben drei Anträge. Einen von der KBU, einen von Matthias Häuptli und einen von Jean-Jacques Winter. Nun ist es so, dass die Anträge von Matthias Häuptli und Jean-Jacques Winter ähnlich sind. Wir werden jetzt zuerst über diese abstimmen und danach dem Antrag der KBU gegenüberstellen.

Nun geht es zuerst darum, wer für den Antrag von Matthias Häuptli ist, soll das mit der Karte bitte deutlich zeigen. – Und nun für den Antrag Jean-Jacques Winter.

://:

Das sind 30 Stimmen für den Antrag von Jean-Jacques Winter, 4 Stimmen für den Antrag von Matthias Häuptli und 2 Enthaltungen.

Dann stellen wir nun den Antrag von Jean-Jacques Winter dem KBU-Antrag gegenüber. Wer für den Antrag von Jean-Jacques Winter ist, soll das jetzt bitte mit der Karte zeigen. – Bitte auszählen. – Dann für den Antrag der KBU.

://:

Der Antrag Winter hat 28 Stimmen erhalten, der Antrag der KBU 5, 3 Enthaltungen.

Sandro Felice, EVP/GLP/Grüne-Fraktion: Geschätzter Präsident, darf ich schnell eine Frage stellen? Steht dort nun wiederverwertbare Materialien? Im ursprünglichen Text stand wiederverwendbare Materialien. Ist das nun bewusst so formuliert oder ist das auch sonst jemandem aufgefallen, oder war das einfach ein Schreibfehler? Das wollte ich nur schnell fragen. Danke schön.

Niklaus Morat, Präsident: Herr Winter, diese Frage muss ich weitergeben.

Jean-Jacques Winter, SP-Fraktion: Ich wurde schon lange nicht mehr korrigiert. Eigentlich wollte ich das, was hier steht. Pardon. Danke schön. Ja, es heisst wirklich «verwendbar». Entschuldigung.

Niklaus Morat, Präsident: Also, ich ziehe rasch ein Resümee. Der Abs. 3 ... da haben wir ... ich verstehe es bald selbst nicht mehr. Der Abs. 4 haben wir jedenfalls den neuen Antrag von Jean-Jacques Winter angenommen. Und Abs. 3 ist KBU. Wir fahren weiter mit der 2. Lesung. – Ah, Entschuldigung, Herr Häuptli.

Matthias Häuptli, EVP/GLP/Grüne-Fraktion: Herr Präsident, geschätzte Anwesende. Ich glaube, wiederverwendbar und wiederverwertbar ist klarerweise inhaltlich nicht dasselbe. Ich denke, diese Abstimmung werden wir wohl wiederholen müssen.

Niklaus Morat, Präsident: Gut, also. Jean-Jacques Winter hat gesagt, er habe «wiederverwendbar», so wie es ursprünglich im Text steht, schreiben wollen. Vielen Dank, Frau Schellenberg. Sie hat das korrigiert. Dann müssten wir noch einmal über diese drei Anträge abstimmen. Es liegen immer noch die beiden ... Herr Häuptli, bitte.

Matthias Häuptli, EVP/GLP/Grüne-Fraktion: Ich ziehe meinen Antrag zurück. Danke schön.

Niklaus Morat, Präsident: Gut, so sind es immer noch zwei Anträge, jener der KBU und jener von Jean-Jacques Winter. Wer dem Antrag von Jean-Jacques Winter zustimmen möchte, soll das bitte mit der Karte zeigen. – Gegenstimmen, Enthaltungen.

://:

Es sind 33 Stimmen für den Antrag von Jean-Jacques Winter, 2 Gegenstimmen, 1 Enthaltung.

Gut, nun fahren wir weiter in der Lesung.

Abschnitt 5 SCHLUSSBESTIMMUNGEN

§ 18 Vollzug

keine Wortmeldungen

§ 19 Rechtsschutz

Stephan Wolf, Die Mitte-Fraktion: Danke vielmals. Das ist nun nur etwas rein Formal-Juristisches. Bei § 19 geht es, wenn man es ganz genau betrachtet, nicht um den Rechtsschutz, sondern um Rechtsmittelbestimmungen. Am Ende der Verfügung steht ja auch «Rechtsmittelbelehrung» und nicht «Rechtsschutzbelehrung». Deshalb stelle ich den Antrag, dass bei § 19 der Titel abgeändert wird in «Rechtsmittel» anstatt in «Rechtsschutz». Ich hätte das hier auch noch schriftlich vorliegen.

Philippe Hofmann, Gemeinderat: Geschätzter Präsident, geschätzter Einwohnerrat. Dazu kurz die Stellungnahme: Der Begriff «Rechtsschutz» kommt aus dem Musterreglement. Wir haben ihn von dort übernommen und auch für den Rechtsdienst, der mich sekundiert, ist dieser Begriff schlüssig. Es geht hier um den Schutz des Rechts des vermeintlichen Straftäters. So wurde mir es erklärt.

Niklaus Morat, Präsident: Gibt es noch Wortmeldungen hierzu? Das ist nicht der Fall. Aber auch hier haben wir zwei Anträge. Wer für den Antrag von Stephan Wolf, so wie er es formuliert hat, ist, soll das bitte mit der Karte zeigen. – Wer für den ursprünglichen Titel ist, soll es mit der Karte zeigen.

://:

Es sind 27 Stimmen für den ursprünglichen Titel, 3 Stimmen für den Antrag von Stephan Wolf und 6 Enthaltungen.

§ 20 Strafbestimmungen

keine Wortmeldungen

§ 21 Inkrafttreten

keine Wortmeldungen

Niklaus Morat, Präsident: Gut, herzlichen Dank. Sofern keine weiteren Wortmeldungen mehr vorliegen, stelle ich fest, dass die Beratungen über das Geschäft 4467 C/D/E/F abgeschlossen sind und dass die 2. Lesung somit abgeschlossen ist. Dann kommen wir zu den Anträgen, Seite 5 des Berichts.

1. Das Reglement über die Abfallbewirtschaftung der Einwohnergemeinde Allschwil wird genehmigt, mit den Änderungen, die wir nun besprochen haben. Wer dem zustimmen kann, soll das bitte mit der Karte zeigen.

://:

Das ist einstimmig.

2. Die Motion von Jean-Jacques Winter, SP-Fraktion, betreffend Überarbeitung Abfallbewirtschaftungsreglement, Geschäft 4467 wird als erledigt abgeschrieben. Wer dem zustimmen kann, soll das bitte zeigen.

://:

Auch das ist einstimmig.

Wir kommen zur Schlussabstimmung über das ganze Geschäft 4467 C/D/E/F. Wer das ganze Geschäft abschreiben will, soll das bitte zeigen.

://:

Auch das ist einstimmig. Herzlichen Dank.

Niklaus Morat, Präsident: Wir machen nun Pause bis 20.05 Uhr.

PAUSE

Niklaus Morat, Präsident: Bitte Platz nehmen, wir machen weiter. Gut, herzlich willkommen zurück von der Pause. Nach der Pause kommt zuerst das Info-Fenster des Gemeinderats. Wem darf ich das Wort geben?

INFO-FENSTER DES GEMEINDERATES

Silvia Stucki, Gemeinderätin: Geschätzter Präsident, liebe Einwohnerrätinnen und Einwohnerräte. Ich gebe Ihnen einen kurzen Bericht über die Versorgungsregion. Die rechtliche Situation ist nach wie vor unverändert. D.h. die Antwort auf die Beschwerde von Binningen und Schönenbuch ist immer noch ausstehend. Somit sind die verschiedenen Gemeinderäte noch immer handlungsbefugt. Die Delegierten der Versorgungsregionen haben die Arbeit am Versorgungskonzept mit einer neuen externen Begleitung wieder aufgenommen. Aber wir stehen insbesondere mit den Vertretern der Leistungserbringer in Zusammenarbeit. Der Aufbau der Fachstelle ist in Planung, wir sind in Verhandlungen, aber es ist noch nichts definitiv beschlossen. Besten Dank.

Niklaus Morat, Präsident: Herzlichen Dank. Darf ich sonst noch jemandem aus dem Gemeinderat das Wort geben? Andreas Bammatter, bitte.

Andreas Bammatter, Gemeinderat: Werter Präsident, geschätzte Kolleginnen und Kollegen des Einwohnerrats. Ich kann Ihnen oder euch auch mitteilen, dass wir das Leitbild 23, Kulturstrategie und Kulturleitbild nun aufgenommen haben. Der Gemeinderat hatte bereits eine Sitzung. Es wurde aber auch eine Begleitgruppe eingeladen. Diese hat letzten Samstag bereits schon mal vier Stunden getagt. Es tut mir leid, dass ich das sagen muss: Leider konnte sich von der KKS niemand zur Verfügung stellen und war nicht anwesend. Sie wäre auch eingeladen gewesen, denn uns ist es wichtig, dass die Partizipation stattfinden kann. Es wird dann auch mal noch einen öffentlichen Teil geben. Ich wünsche mir doch sehr, das ist nun ganz persönlich als Gemeinderat, dass sich die KKS da auch wieder anschliesst. Besten Dank.

Niklaus Morat, Präsident: Herzlichen Dank. Noch jemand aus dem Gemeinderat? Das ist nicht der Fall. Dann kommen wir zur Fragestunde. Meines Wissens wurden vorab zwei Fragen eingereicht. Nichtsdestotrotz müsst ihr sie fürs Protokoll noch einmal stellen. Wem darf ich das Wort geben?

FRAGESTUNDE

Ueli Keller, EVP/GLP/Grüne-Fraktion: Geschätzte Anwesende. Der Umweltbeauftragte des Euro-Airports hat mich immer wieder zu einem Gespräch eingeladen. Ich hatte das Gefühl, er wolle mir beweisen, dass ich nicht Recht habe. Deshalb bin ich nicht hingegangen. Er ist ein sehr Netter. Er hatte mich auf sehr nette Weise kontaktiert. Als er mich das vierte Mal angefragt hatte, bin ich über meinen Schatten gesprungen und habe ihn eingeladen. Das war ein ausgezeichnetes Gespräch. Wirklich ausgezeichnet. Drei Stunden haben wir miteinander gesprochen. Wir kamen zum Schluss, dass solche Gespräche, bei denen es nicht darum geht, wer Recht hat oder wer schuldig ist oder wer es falsch macht, gute Gespräche wären. Er sagte, er würde das auf seiner Seite propagieren, und ich habe gesagt, dass ich es auf meiner Seite propagiere. Deshalb die Frage an den Gemeinderat: Ist der

Gemeinderat im Zusammenhang mit dem Flugverkehr bereit, die Initiative für gemeinsame und lösungsorientierte, offen geführte Gespräche unter den diversen Interessensgruppen aus Deutschland, Frankreich und der Schweiz zu ergreifen, für Gespräche, die sich für alle Beteiligten und Betroffenen, fliegende und nicht fliegende Menschen aus der Bevölkerung sowie für Verantwortliche von Behörden, Politik, Verwaltung und Wirtschaft bestmöglich auswirken können? Das ist meine Frage.

Niklaus Morat, Präsident: Gut, wem darf ich das Wort geben? Gemeinderat Philippe Hofmann, bitte.

Philippe Hofmann, Gemeinderat: Geschätzter Präsident, geschätzter Einwohnerrat, lieber Ueli. Was für eine Frage! Zuerst einmal, Gratulation zur Formulierung von so vielen Worten innerhalb eines Satzes. Das ist schon mal anspruchsvoll. Darauf noch eine vernünftige Antwort zu finden, die bestmöglich günstig ankommt, ist nicht ganz einfach. Ich möchte hiermit einleitend folgende Überlegungen schnell bekannt geben. Ich finde es gut, dass du dich mit Jan Robra getroffen hast und das Gespräch wahrgenommen hast. Das zeigt, dass auch jemand aus dem Einwohnerrat das Ganze an die Hand nimmt und weiterhin handelt. Solche Gespräche finden auch zwischen dem Gemeinderat und Jan Robra bzw. dem Verwaltungsrat statt. Das ist etwas, das bereits geschieht. Somit werden offene Türen eingerannt. Andererseits ist diese Frage aber noch viel offener formuliert, weil es um den Einbezug der, auf Deutsch gesagt, ganzen Welt geht, einfach in einem lokalen Kosmos. Dadurch bin ich etwas skeptisch. Ich möchte zu bedenken geben: Aus den gemachten Erfahrungen beim Einbezug von vielen Interessensgruppen zur Erarbeitung der Charta, die wir verabschiedet hatten, war es ein wahnsinnig grosser Effort, a) um die Leute überhaupt mal an den Tisch zu bekommen und b) bis sie sich auf einen kleinsten gemeinsamen Nenner verständigen konnten. Denn diese Trinationalität bedingt halt mit, dass man mit unterschiedlichen Auffassungen an den Tisch geht und auch mit unterschiedlichen Zielsetzungen schlussendlich enden will, was es sehr komplex macht. Wenn man das Ganze nun noch auf Pro & Kontra Flughafen ausweitet, ich möchte daran erinnern, dass in der Charta wenigstens alle einen gemeinsamen Nenner hatten, um den Lärm zu vermeiden. Wie und wo das allerdings getan werden sollte, stand stets in gegenläufigem Interessenskonflikt. Somit bin ich sehr skeptisch, dass wir das eigentlich tun sollten, damit wir mit ADRA oder Schutzverband und dann noch, ich weiss nicht, wer sich da noch diverse und welche Interessensgruppen sich melden dürfen und dabei sein sollten, auch von den Nicht-Fliegenden und Fliegenden, das wird - das ist mir eine Stufe zu offen formuliert. Von daher muss ich sagen, ich sehe vor allem auch, dass wir die Ressourcen auf der Gemeinde nicht hätten, um solche Gespräche im grossen Rahmen durchführen und moderieren zu können. Das ist nicht einfach etwas, bei dem drei Leute zusammensitzen. Wenn wir daraus eine Auswahl treffen könnten, bei der wir sagen können, okay, was die Gemeinde bereits macht: Wir treffen uns mit dem Verwaltungsrat, wir sprechen mit dem Umweltbeauftragten, wir suchen nachhaltig immer wieder das Gespräch mit ihnen und sie interessanterweise seit neuestem auch mit uns. Dann sehen wir, dass der Gemeinderat seine Aufgabe, die er machen kann, eigentlich erfüllt. Für solche Grosseveranstaltungen ohne konkreten Auftrag, was daraus resultieren soll, bin ich nicht zu haben.

Ueli Keller, EVP/GLP/Grüne-Fraktion: Danke für diese Antwort. Ich muss ehrlich sagen, ich habe sie nicht viel anders erwartet. Ja, aber man soll ja nicht negativ einsteigen. Von diesen Gesprächen, die du erwähnt hast, hat auch Jan Robra berichtet. Und übrigens, du hast beim EuroAirport einen sehr guten Ruf. Im Gegensatz zu anderen Verhandlungspartnern, die sich nicht so günstig verhalten, d.h. nicht nachgeben oder so, sondern sich einfach nicht günstig verhalten. Darum geht es mir. Wir haben beide festgestellt, oder: Auf Seiten der Anwohner gibt es Optimierungsbedarf und auf Seiten Flughafen gibt es eben Optimierungspotential. Das kann man wirklich nur gemeinsam erkennen und auf einen günstigen Nenner bringen. Deshalb überlege ich mir jetzt natürlich, wie ich diese Idee, die ich mit Jan Robra zusammen entwickelt habe, weiterverfolgen kann. Es tut mir leid, wenn der Gemeinderat ... nein, leid tut es mir nicht, ich finde es schade, wenn der Gemeinderat hier nicht die Initiative ergreifen will. Aber jänu, ich werde auch damit leben können.

Philippe Hofmann, Gemeinderat: Geschätzter Ueli, noch einmal Danke vielmals, auch Merci für die Blumen, für den guten Ruf. Dann denke ich, lassen wir doch den guten Ruf so bestehen und mich weiterhin in diesem Rahmen agieren, in dem ich bisher wirken kann. Es scheint ja keinen schlechten Anklang gefunden zu haben. Das ist das eine. Das andere ist: ich bin dir dankbar für deine Unterstützung und dein Engagement, einfach, dass das hier ganz klar mal ausgesprochen wird. Wenn du weiterhin eine Idee entwickelst, wie man die Bedürfnisse der Bevölkerung besser kanalisieren kann, damit sie dann auch zu mir, ich sag mal als Sprachrohr, kommt, um das Potential des Flughafens dem gegenüberzustellen – ich hatte nie ein geschlossenes Ohr oder gesagt, es interessiert mich nicht. Im Gegenteil, ich bin offen für solche Anliegen, wenn sie konstruktiv und vermittelbar sind, mache ich das sehr gerne. Ich werde das auch weiterhin immer auf diese Weise wahrnehmen. Wenn wir also die

Triage erstmal bei dir ansetzen können, damit er dann zu mir kommt und dann Gespräche weiterführt, welche, wie gesagt, gut ankommen, dann gerne, dafür bin ich bereit.

Ueli Keller, EVP/GLP/Grüne-Fraktion: Danke schön.

Niklaus Morat, Präsident: Gut, herzlichen Dank. Weitere Fragen?

Mehmet Can, SP-Fraktion: Geschätzter Präsident, werte Kolleginnen und Kollegen. Eigentlich habe ich heute diverse Fragen eingereicht. Allerdings habe ich vergessen, sie zu kopieren. Entschuldigung. Die erste Frage geht an Philippe Hofmann: Ich beziehe mich auf seinen Bericht vom 9.9.2020 betreffend Schutzraumbilanz, der darin eine Schutzraumbilanz von 116 % aufweist. Allerdings wurden dabei auch diverse Mindestanforderungen des Kantons und diverse Mängel festgestellt. Meine konkrete Frage ist: Ist man denn inzwischen den Anforderungen und Mängel nachgekommen? Wie sieht es aktuell aus? Sind diese Schutzräume einsatzfähig? Wie sieht es mit der Versorgung auf medizinischer Ebene, Lebensmittel, Wasser usw. aus? Und schlussendlich habe ich eine weitere Frage: Betreffend bewaffneten Konflikt wird aufgeführt, dass gewisse Arbeiten damals nicht geleistet wurden. Konnte man diesen zwischenzeitlich auch nachkommen, bzw. alles instand setzen? Danke schön.

Philippe Hofmann, Gemeinderat: Geschätzter Präsident, geschätzter Einwohnerrat, lieber Mehmet Can. Vielen Dank für diese Frage. Ich kann folgendermassen darauf antworten: Die Schutzräume der Gemeinde Allschwil befinden sich in einem guten Zustand, und die Infrastruktur wird den Anforderungen entsprechend unterhalten. Zusätzliche Massnahmen, aber muss man sagen, wurden bis heute weder vom Bund noch vom Kanton angeordnet. Trotzdem hat sich der Gemeinderat an seiner Sitzung vom 6. April 2022, also heute, auf Empfehlung der Sicherheitskommission, die eine ausserordentliche Sitzung zu diesem Thema einberufen hat, dafür ausgesprochen, die Betriebsbereitschaft der Anlagen leicht anzupassen. Die Zuweisung z.B. für den Zupla, das ist der Zuweisungsplan, ist abgeschlossen. Notrationen sind ebenfalls vorhanden. Die Räumung und Vorbereitung von sämtlichen Anlagen erfolgten explizit auf Anordnung von Bund und Kanton. Soviel zum ersten Teil, was die Einsatzfähigkeit von Schutzräumen betrifft.

Dann zum bewaffneten Konflikt: Richtig, damals ist man davon ausgegangen, dass ein bewaffneter Konflikt unwahrscheinlich ist. Ob ich diese Aussage heute noch genauso teilen würde, will ich hier mal im Raum stehen lassen. Ich bin kein Militärstratege, auch kein Geoexperte, was das angeht, aber die Frage heisst ja, ob die zurückgestellten Arbeiten in der Zwischenzeit erledigt wurden. Hier muss man präzisieren. Es geht einzig und alleine um die ZSA, die Zivilschutzanlage Hagmatten. Diese wurde ja teilweise als Asylunterkunft genutzt. Diese Sanierung konnte in der Zwischenzeit vollumfänglich durchgeführt werden. Ich hoffe, diese Antworten konnten die Fragen beantworten.

Mehmet Can, SP-Fraktion: Merci!

Niklaus Morat, Präsident: Dann hat Pascale Uccella eine Frage, bitte.

Pascale Uccella, AVP: Geschätzter Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen. Ich habe die Frage nicht eingegeben, weil, ich muss ehrlich sagen, ich habe es vergessen, denn durch die Absage einer Einwohnerratssitzung wurde alles ein wenig verschoben, aber ich möchte gerne eine Frage stellen, was die Fasnacht 2022 betrifft. Es ist schon länger her. Man wusste, es gab zu Beginn noch Corona-Massnahmen, dann hat man sie wenig aufgelöst, also man musste keine so grosse, anstrengende Protokolle führen müssen. Man hat dann hier in Allschwil das getan, damit man mit Plaketten an die Dorffasnacht kommen durfte. Nur hat man festgestellt, dass bei diesem schönen Wetter sehr viel mehr Leute gekommen sind. Dann hatte man keine Plaketten mehr. Ich möchte einfach nur sagen, dass das in der Bevölkerung keinen guten Anklang fand. Denn es sind Leute gekommen, welche gerne an die Allschwiler Fasnacht gekommen wären, aber keine Plakette mehr kaufen konnten. Sondern, man hat bei ihnen einfach zehn Franken einkassiert. Es kamen Familien mit zwei Kindern und zwei erwachsenen Leuten, das sind vier Personen, dann hat man denen 40 Franken aus der Tasche gezogen. Also ich finde, das sieht für Allschwil sehr schlecht aus. Dann hat man den Leuten, die im Dorf wohnen, gesagt, sie müssten eine Plakette kaufen. Ich habe das als sehr speziell gehalten und gedacht, ich möchte einfach mal fragen. Ich weiss, es handelt sich um eine Fasnachtsgesellschaft, die das macht, aber wie wird dieses Geld verrechnet? Wer erhält dieses Geld, das nicht mit dem Plakettenverkauf zusammenhing? Ich weiss von mehreren Leuten, ich kenne Minimum 15 Personen, die bezahlt haben, und auch durchs Zuhören her. Es nähme mich einfach Wunder, wie das tatsächlich abgerechnet wird.

Niklaus Morat, Präsident: Wem vom Gemeinderat darf ich das Wort erteilen?

Nicole Nüssli-Kaiser, Gemeindepräsidentin: Geschätzter Präsident, liebe Pascale, liebe Einwohnerinnen und Einwohnerräte. Vielen Dank für diese Frage. Das Schutzkonzept im weitesten Sinn war ein langes Thema, welches vom Gemeinderat mit der Wildviertel-Clique Allschwil (WVC), die als Organisatorin der Allschwiler Fasnacht auftritt, intensiv diskutiert wurde. Und zwar nicht nur einmal. Die WVC musste dieses Konzept auch immer wieder anpassen. Zu Beginn hiess es, es sei fast nicht möglich, irgendetwas vorzunehmen, am Schluss sah man, es wäre eigentlich ohne irgendetwas möglich gewesen. Aber man muss wissen, wie gesagt, die WVC hat sich vorbereiten müssen, musste sich überlegen, wie sie sie durchführen wird. Am Schluss liessen wir uns im Gemeinderat nach einer intensiven Diskussion davon überzeugen, dass dieses Konzept für sie Stand hält und auch eigentlich für uns Stand hält. Wir haben ihr dann aber mit auf den Weg gegeben, dass man, gerade eben auf Familien bezogen, die allenfalls kommen werden, diesen nicht vier Plaketten, auf Deutsch gesagt abknöpft, sondern prüft, ob vielleicht eine oder zwei ausreichen würden. Ich höre jetzt zum ersten Mal von dieser Praxis. Ich kann mir das fast nicht vorstellen, dass das so ist. Aber ich nehme es mit. Wir werden sicher wieder einmal mit der WVC in Diskussionen steigen, dann können wir das dann auch an den Mann oder die Frau bringen. Ja, soweit, denke ich, müssen wir das halt einfach mal hier im Raum stehen lassen. Vielen Dank.

Niklaus Morat, Präsident: Fürs Protokoll, das war Gemeindepräsidentin Nicole Nüssli. Gibt es weitere Fragen? Noch einmal Nicole Nüssli.

Nicole Nüssli-Kaiser, Gemeindepräsidentin: Ja, das habe ich vorher vergessen, das ist auch noch ein Punkt. Du hast ja die Frage gestellt, was mit diesem Geld geschieht. Plaketteneinnahmen gehen vollumfänglich an alle, die an der Fasnacht mitmachen. Sprich: an kleine Zügli bis an grosse Züge. Dieses Geld wird verteilt. Es wird eigentlich eine Umverteilung vorgenommen. Deshalb war es ja letzten Endes zugunsten von allen Aktiven, die mitgemacht haben. Dass man nun mit diesen Plaketten oder der sog. Plakettenpflicht oder Plakettenwunschkäufe, sage ich mal, die Fasnacht durchgeführt hat.

Niklaus Morat, Präsident: Herzlichen Dank. Pascale Uccella.

Pascale Uccella, AVP: Liebe Frau Gemeindepräsidentin Nicole Nüssli, liebe Nicole. Ich weiss, dass das Geld der Plaketten sicher so an alle Fasnachtsbeteiligten verteilt wird. Mir geht es einfach darum zu erfahren, was man mit jenem Geld macht, für das es keine Plaketten mehr gab. Ich hoffe, dass das dann auch an die Fasnachtsgesellschaften verteilt wird und nicht in den eigenen Sack gesteckt wird. Merci.

Nicole Nüssli-Kaiser, Gemeindepräsidentin: Also, davon gehe ich aus. Ich glaube ja auch noch an das Gute am Menschen.

Niklaus Morat, Präsident: Gut. Herzlichen Dank. Gibt es weitere Fragen? Mehmet Can.

Mehmet Can, SP-Fraktion: Geschätzter Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen. Die nächste Frage geht an Robert Vogt. Es geht um das Integrationskonzept Communis. Ich würde gerne wissen, wie weit man da ist. Es geht dabei um die Eingliederung von fremden Menschen. Ich meinte sogar, im letzten Jahr hätte ein Bericht folgen sollen. Es würde mich interessieren, wie weit Sie in dieser Sache sind.

Robert Vogt, Gemeinderat: Geschätzter Präsident, werte Damen und Herren. Danke schön für diese Frage. Wie Sie richtig erwähnt haben, hat der Einwohnerrat zur Kenntnis genommen, dass der Gemeinderat diese Integrationsfachstelle im Budget 2022 einstellen möchte. Das haben wir auch getan. Es ist aber wie so immer im Leben, es kam wieder dazwischen, dass wir aufgrund der kriegerischen Situation ausserordentliche Ausgaben und dadurch auch personelle Engpässe haben. Deshalb wir uns entschieden, diese Fachstelle erst Anfang nächsten Jahres zu besetzen. Dann können wir in der Integration wirklich auch inhaltlich arbeiten.

Mehmet Can, SP-Fraktion: Danke schön. Aber wäre diese Frage bzw. das Konzept im Moment nicht umso wichtiger, wenn wir jetzt dann auch Flüchtlinge haben, das sich mit diesem Thema befasst, oder bin ich falsch? Danke schön.

Robert Vogt, Gemeinderat: Danke schön für die Zusatzfrage. Das Konzept selbst haben Sie hier zur Kenntnis genommen und verabschiedet. Der Gemeinderat hat also ein Konzept für die Integration. Die personelle Stelle, die jetzt fehlt, ist eigentlich eine Zusatzleistung. Sie können davon ausgehen, was die Flüchtlinge betrifft, wir nehmen sie auf, wir vermitteln sie auch an die Gastfamilien. Das tun wir jetzt bereits in grosser Zahl. Das hat aber noch nichts mit Integration zu tun. Integration benötigte es schon vorher. Diese würden wir dann ab Anfang nächsten Jahres verstärken.

Mehmet Can, SP-Fraktion: Ja, Danke für die ausführliche Antwort. Wenn ich darf, komme ich gleich zu meiner nächsten Frage. Das wäre es dann auch schon. Meine nächste Frage geht an Silvia Stucki. Es geht um die Flüchtlingskinder, die bei uns in Allschwil aufgenommen wurden, bzw. um die Familien. Kinder werden, soviel ich weiss bzw. auch den Medien zu entnehmen war, im Moment auf Ukrainisch unterrichtet werden. Ist das korrekt? Falls ja, warum? Macht das überhaupt Sinn, wenn man die Kinder zuerst auf Ukrainisch unterrichtet anstatt sie direkt in einen Stützkurs bzw. regulären Kurs schickt, damit sie schnell integriert werden? Auch eben vielleicht in begleitende, parallele Stützkurse, so dass man die Kinder etwas schneller integriert. Danke schön.

Silvia Stucki, Gemeinderätin: Geschätzter Präsident, verehrte Anwesende. Im Kanton Basel-Landschaft gibt es ein Konzept für Flüchtlinge in der Volksschule. Dieses besagt, dass Flüchtlingskinder, also aktuell auch die ukrainischen Kinder, in einem ersten Schritt in einer Fremdsprachenklasse unterrichtet werden. In einem zweiten Schritt, dann wenn eben genügende Deutschkenntnisse vorhanden sind oder so viel, dass man sich minimal unterhalten kann, werden sie in Regelklassen integriert. In den Fremdsprachenklassen wird insbesondere geregelt, dass der Fokus auf das Erlernen der deutschen Sprache liegt. Natürlich werden die Kinder auch in anderen Fächern unterrichtet. Die Kinder werden also nicht auf Ukrainisch oder Russisch unterrichtet. In Allschwil ist es im Moment so, dass eine Primarschullehrperson mit einem Vollpensum, also 28 Lektionen, angestellt ist. Diese Person kann Russisch. Ergänzt oder unterstützt wird diese Lehrperson von einer Assistentin mit 20 Lektionen, diese kann Ukrainisch sprechen. Selbstverständlich, weil sie diese Fähigkeiten mitbringen, werden sie im Moment genutzt, um den Zugang zu den Kindern zu vereinfachen. Aber der Unterricht oder die Unterrichtssprache ist ausschliesslich Deutsch. Es ist völlig klar, dass die Kinder längerfristig integriert werden müssen. Durchschnittlich beträgt die Aufenthaltsdauer dieser Kinder in einer Fremdsprachenklasse ein Jahr. Wie dies aber nun mit den speziellen Kindern oder in dieser speziellen Situation ist, kann man im Moment noch nicht sagen. Besten Dank.

Niklaus Morat, Präsident: Herzlichen Dank. Gibt es weitere Fragen? Das ist nicht der Fall. Somit fahren wir mit der **Traktandenliste** weiter.

Wir sind bei der **Motion**, bei der wir zu Beginn die Dringlichkeit beschlossen haben. Sie liegt hier hinten auf. Sie können eine Änderung sehen: Es heisst nicht mehr «Projekt Lindenplatz», sondern «**Thematik Lindenplatz**». Es geht nun darum, ob wir diese Motion überweisen oder nicht. Zuerst erhält aber der Motionär das Wort. Das ist Herr Winter. Wem darf ich das Wort geben?

Etienne Winter, SP-Fraktion: Geschätzter Präsident, Herr Niklaus Morat – man siezt sich ja neuerdings, werter Gemeinderat und geschätzte Kolleginnen und Kollegen. Es ist ein wenig spät, aber wir versuchen es. Zuerst einmal möchte ich eigentlich jenen Leuten danken, die unabhängig davon, ob man mit dem Parteiemblem auf dieser Motion mitträgt oder nicht, trotzdem für die Dringlichkeit gestimmt haben, dass man das trennen kann zwischen Verfahren, was optimal ist für das Verfahren und über den Inhalt. Das schätze ich sehr. Ich habe mir nur ein paar Schlagwörter darauf getan, um ein wenig den Mecano zu erläutern, worum es eigentlich geht. Schlagwort 1, Urheberschaft. Ich bin auch langsam älter in diesem Rat, aber bei der Thematik Lindenplatz kann man aus politischer Sicht bereits von Jahrzehnten sprechen, da es ja eigentlich immer wieder hier in diesem Einwohnerrat entflammt durch Vorstösse, durch Fragen, wie auch immer. Ich glaube der letzte Anstoss hatte doch noch etwas Neues. Und zwar hat damals unser altes, ehrenwertes Mitglied Bruno Gadola etwas angestossen, dass wir versucht haben, über alle Parteien hinweg ein Projekt zu realisieren. Also wenn jeder einen Schritt auf den anderen zugeht, wo können wir uns finden? Das führte schlussendlich in ein Projekt, das durch eine Spezialkommission, bekleidet durch den Gemeinderat, eigentlich ein gutes Projekt aus unserer Sicht für den Einwohnerrat zustande kam. Es gab ein Referendum. Das Stimmvolk hat mit 400 Stimmen Unterschied, 53 %, dagegen entschieden. Es hat relativ vielen von uns wahrscheinlich auch ein wenig weh getan, die sich sehr engagiert hatten. Aber es gilt, das zu akzeptieren. Und dem ist so. Der Einwohnerrat hat anschliessend dann wie eigentlich auch aufgrund dieser Ausgangslage diese Nachabstimmungs-Umfrage durchgeführt, um zu wissen, was genau die

inhaltlichen Argumente waren, welche wir vielleicht nicht verkaufen konnten oder anders aufgefasst wurden. Die Demut können wir, glaube ich, langsam ablegen. Denn es sind nun doch schon fast zwei Jahre durch. Der Platz ist nicht besser geworden. Ich glaube, das Umgestaltungspotential des mittlerweile heruntergekommenen Platzes ist vorhanden. Urheberschaft hat für mich auch etwas mit Verantwortung zu tun. Wir alle wollten das verkaufen. Wir alle wollten dieses Projekt den Leuten näherbringen. Wir alle haben dafür gekämpft. Ich finde auch, obwohl sich der Gemeinderat nun auf den Weg gemacht hat, ist es doch auch eine Verantwortung für uns als Einwohnerrat, als Gestaltungsorgan dieser Gemeinde, politische Gestaltung schlussendlich, das mitzutragen. Uns geht es, glaube ich, nicht darum, dem Gemeinderat zuvorzukommen oder dem Gemeinderat irgendwie ein Misstrauen anzulegen. Da könnt ihr euch uns gerne beim Wort nehmen. Uns geht es eigentlich darum, die Position des Gemeinderats zu stärken. Wir wollen ein Miteinander. Wir wollen mitverantworten und nicht einfach, sagen wir, ein bisschen Vogel-Strauss-Politik, Kopf in den Sand und wir schauen, was passiert. Ich glaube das ist es nicht. Genau: gestalten. Wir wollen eigentlich mitgestalten. In letzter Zeit frage ich mich, es ist im Einwohnerrat etwas wenig Mitgestaltungswillen vorhanden. Ich hoffe, wir finden wieder in diesen Innovations-drive. Ich glaube, das ist mal eine richtig gute Möglichkeit, obwohl die Motion relativ weit gefasst ist, um einfach mal diesen Nagel einzuschlagen, wir wollen eine Gesamtanalyse. Daher halt auch die Dringlichkeit.

Um was geht es bei den anderen? Da gibt es natürlich auch formal reglementarische Argumente, die habe ich zuvor schon gehört. Wir haben heute drei andere Vorstösse, die etwas erzielen möchten, das ich und auch unsere Partei aber auch die anderen Parteien, welche mitunterschrieben haben, eigentlich nicht sehr tragfähig finden. Und zwar beginnt man jetzt, einzelne Aspekte aus diesem ganzen Platz herauszunehmen. Es gibt, Interessen, oder es gibt einfach Bestrebungen, um z.B. den Kiosk umzubauen. Das war ein sehr grosses Bedürfnis. Wenn man nun das Einzelne macht, dann passt es auch nicht ins Ganze rein. Dann gibt es, vielleicht einen der ältesten Vorstösse, den wir jetzt haben, die Wertstoffsammelstelle von bürgerlicher Seite, die seit eh und je gefordert wurde. Nun kann man diese realisieren. Aber das passt dann auch nicht ins Bild. Sondern, ich glaube, das Ziel und auch die Flughöhe des Einwohnerrats muss und sollte eigentlich sein, nicht über den Standort von einzelnen Bänkli zu debattieren, sondern einfach den Grundsatzentscheid zu fällen, wir wollen diesen Platz umgestalten. Dann kann man weiterschauen. Das ist eigentlich die ganze Thematik. Ich glaube diesen Nagel muss man wirklich einschlagen. Es ist ein Schulterschluss der zwei legitimiert gewählten Organe. Ich sehe es als Mitverantwortung an, resp. wir sehen es als Mitverantwortung an.

Ich hole nun zu den anderen betreffend Dringlichkeit. Da ist schnell unsere Fraktionsmeinung, einfach damit ihr ein wenig den Kontext habt. Das Postulat Zwischennutzung Kiosk. Hier geht es eben um eine Zwischennutzung. Es ist ein Postulat im Sinne von prüfen und berichten. Das sehen wir als Zwischennutzung hinsichtlich: Was machen wir, bis die Umgestaltung stattfindet? Also diese Motion heisst so mittel- bis langfristig. Wir sprechen hier sicher von einem Horizont, sage ich mal ins Blaue hinaus, von zwei bis drei Jahren. Aber was machen wir nun mit diesem Spielplatz, resp. – Entschuldigung – jetzt in diesem Fall mit dem Kiosk? Was machen wir in dieser Zeit mit diesem Bau, mit dieser Bausubstanz? Das Ziel ist definiert. Zwei Jahre Zeit. Gibt es eine Graffiti-Wand, kann man ein kleines Café draus machen. Aber, ganz klar im Sinn von prüfen und berichten: Gemeinderat, welche Möglichkeiten gibt es? Welches Budget wäre verfügbar, möglich? Da kann die SP-Fraktion, wenn man das Ziel ausgesteckt hat, darüber diskutieren, was machen wir kurzfristig.

Tempo 20: Ihr werdet es nicht glauben, aber die Mehrheit der SP-Fraktion ist gegen eine Begegnungszone in diesem Fall. Das ist nun ganz sonderbar, weil wir eigentlich stetige Befürworter sind. Aber es ist genau in diesem Eck, oder? In dieser Motion geht es nicht um eine Zwischennutzung oder Zwischenlösung. Das ist genau ein solcher Aspekt, oder, man könnte nun dort den Strassenperimeter auch schon verändern. Aber wir sehen das auch als Teil vom Platz. Ich denke auch nicht, dass es nun die Intuition ist, nun mal temporär eine Begegnungszone zu erstellen und dann, wenn die Gesamtlösung kommt, wieder auf 50 oder 30 rauf zu gehen. Es ist eine bestehende Massnahme. Natürlich hat es zwei, drei in unseren Reihen, die sagen, nein, ich stehe dafür ein, ich will das. Aber wir sehen es nicht. Wir sehen es als Teil des gesamten Projekts.

Das haben wir auch bereits den Motionären zum Spielplatz Lindenplatz bekannt gegeben. Diese Motion beisst sich eben auch. Hier kann das Büro sicher auch ausführen zur selben Thematik. Da sind wir auch der Meinung, dass es nicht funktioniert, wenn man das Ziel hat, gesamtheitlich über das ganze Projekt hinweg zu arbeiten. Wir würden hier plädieren, auch eine Umwandlung in ein Postulat im Sinn von prüfen und berichten, bis wir die Umgestaltung realisiert haben. Gibt es Möglichkeiten auf diesem bestehenden Platz mit bescheidenen Mitteln, so wir es auch bereits auf dem Dürrenmatt

Spielplatz haben, wo es der Gemeinderat auch auf Nachdruck des Einwohnerrats realisieren konnte. Bedingt die Möglichkeit, jetzt eine kleine Aufwertung vorzunehmen, bis wir das übergeordnete Ziel erreichen können. Das ist so ein wenig der Meccano. Nun den Nagel einschlagen, dann können wir uns über die drei Vorstösse überlegen, gibt es eine Zwischennutzungs-Lösung, im Sinn von: Was machen wir, bis wir so weit sind? Deshalb würden wir eigentlich beliebt machen, dem Meccano zu folgen. Merci vielmals.

Niklaus Morat, Präsident: Herzlichen Dank. Gemeinderat Robert Vogt, bitte.

Robert Vogt, Gemeinderat: Geschätzter Präsident, geschätzte Damen und Herren. Ich habe grossen Respekt von dieser überparteilichen, dringlichen Motion. Ich erachte es auch als gut, dass sich der Einwohnerrat jetzt wieder intensiv mit dem Lindenplatz befasst. Auch dem Gemeinderat ist dieses Geschäft wichtig. Dennoch möchte ich gemäss Beschluss des Gemeinderats Ihnen beliebt machen, diese Motion nicht zu überweisen. Weshalb? Wir haben Ihnen bereits bei früheren Vorstössen Gelegenheit gegeben, darüber zu berichten, dass der Gemeinderat ja in diesem Jahr zwei Dinge budgetiert hat. Nämlich 1. das weitere Vorgehen der Umgestaltung Lindenplatz anzugehen und 2. die Suche nach der Wertstoffsammelstelle am Lindenplatz vorwärts zu treiben. Mit diesem Versprechen und mit diesem Geld, das im Budget vorgesehen ist, haben wir nun die Möglichkeit, ein Partizipationsverfahren, also die Mitwirkung zu starten. Dies ist nur deshalb noch nicht öffentlich bekannt, weil wir anfangs Jahr personellen Engpass auf der Abteilung Entwicklung-Planen-Bauen hatten. Seit April aber haben wir wieder mehr Personal, zwei Stellen konnten besetzt werden. Daher kann ich nun zuversichtlich sagen, wir werden in den nächsten Wochen mit den Vorbereitungsarbeiten starten, werden das Vorgehen beschreiben und werden Grössenordnung im September zu einer Mitwirkung einladen können. Also nach den Sommerferien. Aus diesen Gründen ist der Gemeinderat der Meinung, dass diese Motion unnötig ist und deswegen gar nicht überwiesen werden muss.

Niklaus Morat, Präsident: Gut. Somit liegt das Wort bei den Fraktionssprecherinnen und -sprecher. Bitte meldet euch beim 1. Vizepräsidenten.

Martin Münch, FDP-Fraktion: Geschätzter Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen. Ich kann die Argumente nachvollziehen. Ich staunte auch, als drei Vorstösse kamen. Es macht tatsächlich auch aus meiner Sicht keinen Sinn, mit einzelnen Vorstössen jetzt salamitaktikmässig am Lindenplatz was rumzubasteln. Aber weshalb kommt diese Motion. Sie kommt eben wegen dieser drei Vorstösse. Was wäre die Lösung? Einfach konsequent alle drei Vorstösse ablehnen. Dann haben wir denselben Effekt. Denn der Gemeinderat ist aus meiner Sicht ja an der Arbeit. Deshalb benötigen wir keine künstliche Motion. Ich war für die Dringlichkeit, denn ich wollte jetzt darüber diskutieren. Aber ich bin gegen die Motion. Grossmehrheitlich haben wir in der Fraktion gesagt, weil das nicht die Lösung ist. Wir müssen einfach aufhören, permanent Vorstösse in den Einwohnerrat zu bringen, jetzt salamitaktikmässig zum Lindenplatz. Wir würden besser darauf achten, dass wir ein gutes Projekt hinbekommen, mit der Verwaltung und dem Gemeinderat, die jetzt an der Arbeit sind. Nachher haben wir ein gutes Projekt, worüber wir am Schluss abstimmen können. Deshalb bin ich gegen diese Motion, auch die FDP-Fraktion grossmehrheitlich ist gegen die Motion. Obwohl wir teilweise für die Dringlichkeit gestimmt haben. Danke schön.

Stephan Wolf, Die Mitte-Fraktion: Danke vielmals. Mir ergeht es eigentlich ähnlich wie meinem Vorredner. Für mich ist ganz klar der Lindenplatz ist im Moment kein Bijou, und es besteht Handlungsbedarf. Man muss ihn schöner gestalten. Es ist ja auch, wenn man von Basel herkommt, das Eintrittstor zu Allschwil, gar keine Frage. Nur andererseits muss man auch sehen, das Projekt ist bereits an der Urne gescheitert. Bereits das zeigt mir, dass wir das sehr mit Bedacht angehen müssen. Das ist auch der Grund, weshalb unsere Fraktion gegen die Dringlichkeit war. Weil es wirklich sehr gut durchdacht, ausgewogen sein muss. Das kann man nicht – ich möchte nun mal diesen Ausdruck beiziehen – als Hauruck-Übung abhandeln. Wir haben zuvor von Gemeinderat Vogt gehört, dass Bestrebungen bereits im Gange sind, dass die Umgestaltung Lindenplatz an die Hand genommen werden. Ich persönlich vertraue dem Gemeinderat. Ich bin deshalb persönlich auch der Meinung, inhaltlich absolut korrekt, aber es benötigt dazu keine Motion, schon gar keine dringliche. Ich kann jetzt schon vorwegnehmen, dass wir die anderen, den Lindenplatz betreffenden Motionen und Postulate ablehnen, aus demselben Grund. Wir sind – kurz zusammengefasst – der Meinung, der Gemeinderat unternimmt was, und man sollte dem Gemeinderat auch die notwendige Zeit geben, um ein ausgewogenes Projekt erarbeiten zu können, und dabei nicht irgendeinen künstlichen Stress erzeugen.

Jean-Jacques Winter, SP-Fraktion: Danke vielmals. Ich habe gerade eben gehört: Mit Bedacht soll man das Thema angehen. Mit Bedacht heisst ganz einfach, es braucht was über das Ganze hinweg und keine Details. Ich finde es sehr gefährlich, wenn Bedürfnisse von Einzelnen mal kurz erledigt werden, und dann ist da vorne einfach Ruhe. Denn der Rest ist resigniert und macht nichts. Ich habe etwas vergessen: Wir haben im Budget übrigens auch eine Bücherkabine drin. Das war ein Postulat von uns. Ich lese halt gerne. Ich wüsste nicht, wo man sie hinstellen könnte. Auf den heiligen Rasen dort vorne? Bei diesem Wetter jetzt? Ich habe zu Hause Streit wegen des Schuheputzens. Ich muss das nämlich selbst machen. Nein, hallo – ich habe gehört: Mit Bedacht. Es geht nicht darum, Einzel Dinge zu fabrizieren, es geht schlichtweg darum, dass wir wieder einen Überblick über das Ganze benötigen. Wir brauchen eine Idee, bei der wir sagen können: Wow, hier geht es lang! Ich denke, die Leute, die hier mitgearbeitet haben, die mit Kännchen das Gras da vorne giessen gehen, müssen auch merken, so geht es einfach nicht. Wir haben bei der Abstimmung nicht einfach gesagt, wir wollen das, wir wollen jenes nicht. Wir haben ganz einfach das Budget gestrichen. Und nicht irgendwelche Details. Wir haben bei der Abstimmung ganz klar gesagt: Wir wollen das Geld nicht dafür ausgeben. Alle anderen Argumente sind nicht wichtig. Ich appelliere wirklich an euch, und die Gemeinde ist ja scheinbar dran, hat es zuvor ja gesagt, sie seien dazu unterwegs. Und ob es dringlich ist oder nicht, ihr werdet es alle merken, es kommt halt noch einmal auf den Tisch. Der Gemeinderat ist auf dem Weg, wir geben ihm die Chance, das zu tun. Ich möchte davon absehen, wie es andere zuvor gesagt haben, wir machen jetzt nicht Teilstückli wie ein Puzzle, dann geht es nicht weiter, dann habe ich die Nase voll, schmeisse das Puzzle weg. So, ich möchte gerne wissen: Sieht dieses Puzzle am Schluss wirklich so aus, dass ich sagen kann: Wow! Wir gehen gemeinsam auf den Weg. Ich habe vom Gemeinderat gehört, sie sind auf dem Weg. Ich habe gehört, man soll es mit Bedacht angehen und nicht irgendwie hetzen. Also machen wir eine Planung, schauen wir es im Ganzen an. Ich meine, das, was die Parteienvertreter zusammengeschustert haben, ist einfach der Weg mit und für uns, und nicht auf Details gerichtet. Sonst komme ich wieder mit der Bücherkabine. Dann geht sie - ins Gras.

Ueli Keller, EVP/GLP/Grüne-Fraktion: Geschätzte Anwesende. Ich finde es sehr dringlich, dass am Lindenplatz etwas geschieht. Sehr dringlich. Äusserst dringlich fände ich, als Übergangslösung, ist ein WC. Die Motion erachte ich aber nicht als dringlich. Aus den Gründen, die der Gemeinderat bereits ausgeführt hat. Wir haben dem Gemeinderat mit dem Budget für das Jahr 22 grünes Licht für einen Planungsprozess für die Umgestaltung des Lindenplatzes gegeben. Wir haben zu diesem Zweck 70'000 Franken ins Budget fürs 22 eingestellt. Ich meine, der Gemeinderat ist unterwegs. Wie haben wir gehört. Wir haben auch gehört, dass er es ernst nimmt. Ich würde dem Gemeinderat vertrauen und finde diese Motion überflüssig. Wir müssen die Verwaltung nicht noch mehr mit Bürokratie beschäftigen. Womit ich nicht mit meinen Vorrednern einverstanden bin, ist, dass wir beim Lindenplatz nicht schrittweise etwas realisieren könne, im Sinn von z.B. diesen drei vorliegenden Postulaten oder drei Vorstössen. Wir müssen, glaube ich, auch bereit sein, beim Lindenplatz nicht mit der grossen, umfassenden, hundertjährigen Kelle anrichten zu wollen. Sondern, mal etwas zu tun, was Hand und Fuss hat und den Lindenplatz schöner macht. Danke für die Aufmerksamkeit.

Stephan Wolf, Die Mitte-Fraktion: Merci. Nur für den Fall, dass ich vorher vielleicht nicht richtig verstanden wurde, Jean-Jacques Winter: Uns geht es auch nicht darum, dass man nun einzelne Stücke wie bei einem Mosaik realisiert und hofft, dass es gut rauskommt. Uns geht es ja auch darum, dass man es gesamthaft planen muss, wie das die Gemeinde ja bereits an die Hand genommen hat. Ich habe deshalb zuvor gesagt, wir werden die Traktanden 4 bis 5 aus diesem Grund auch ablehnen. Weil wir der Gemeinde vertrauen, dass ein gutes Projekt auf dem Weg ist. Ganz klar, das kann man nicht in Einzelteilen ausführen. Da gehe ich mit dir völlig einig.

Etienne Winter, SP-Fraktion: Geschätzter Präsident, nur gewisse Details. Ich habe vorher mal etwas gehört von permanenten Vorstössen. Wenn wir permanente Vorstösse in unserem innovativen Parlament hätten, würden wir keine Sitzungen absagen – erstens. Verwalten: Ich finde es immer schön, wenn wir mitverwalten. Wenn wir aber verwalten wollen - die gibt es leider schon an der Baslerstrasse 111 - ich würde gerne mitgestalten. Das ist eine ganz andere Aufgabe, und mittragen. Mittragen heisst nicht, gegeneinander arbeiten, sondern miteinander arbeiten. Wir hier wurden gewählt, wir wurden von ganz vielen Menschen delegiert, die sagen, ich habe für das jetzt keine Zeit, aber ich finde es cool, dass du meine Stimme im repräsentativen Parlament vertrittst, um Veränderungen voran zu treiben. Vielleicht sind einfach die Sandwiches gut, vielleicht müssen wir uns überlegen, mal etwas anderes zu tun. Ich sitze eigentlich hier, um etwas zu erreichen, nicht um zu sagen, wir machen alles gut. Dann noch zur Dringlichkeit: Ich weiss nicht, vielleicht unterscheiden sich andere Parlamente, aber Dringlichkeit heisst nicht, dass der Gemeinderat nun dringlich etwas arbeiten muss. Dringlichkeit bezieht sich nur darauf, dass es im Einwohnerrat dringlich behandelt wird. Die Behandlungszeit spielt

keine Rolle, die bleibt genau gleich. Sechs Monate. Sechs Monate um einen Bericht, auf welchem Weg es weitergeht, vorzulegen. Das muss auch nicht der Schlussbericht sein. Es steht ja auch, dass es ein Zwischenbericht sein. Es ist ein längeres Projekt, das wissen wir. Wir müssen da auch keinen Stress haben. Wir müssen uns selbst auch keinen Stress machen. Aber, eine Mitverantwortung für ein Projekt, für eine Entwicklung, die wir selbst hier angestossen haben, zu tragen, erachte ich generell als unterstützenswert. Einfach noch diese Argumente resp. Anliegen, Ansichten, die ich mitgeben möchte. Besten Dank.

Miriam Schaub, EVP/GLP/Grüne-Fraktion: Geschätzter Präsident, liebe Anwesende. Ich finde, man kann es nicht genug betonen: Der Lindenplatz ist total am verlottern. Ich höre immer wieder den Ausdruck «Schandfleck». Ich meine, das darf nun wirklich nicht sein. Deshalb unterstützt die Mehrheit unserer Fraktionen eine Umgestaltung und Weiterentwicklung in Form einer Gesamtsanierung. Deshalb auch die Überweisung dieser Motion. Bis ein grosser Wurf aber alle Hürden überwunden hat, liegt noch ein sehr langer Weg und viel Arbeit vor uns. Darum sehen wir unsere Vorstösse als kurzfristige Massnahmen im Sinn einer Zwischenlösung. Sie haben dabei auch den positiven Nebeneffekt, dass Erfahrungen gesammelt werden können, was sich auf dem Lindenplatz bewährt und was nicht, was sich entwickelt, ohne dass gleich enorme Summen beschlagnahmt werden. Man hört immer wieder: Es läuft was. Aber wir haben es auch gerade heute wieder gehört, vielleicht ein wenig konkreter, aber genau genommen, schriftlich habe ich das noch nicht. Mit dieser Motion wird eigentlich nur das Vorgehen des Gemeinderats legitimiert. Denn ich erinnere daran, wir hatten eine Volksabstimmung, bei der eine Umgestaltung abgelehnt wurde. Wenn ich Gemeinderat wäre, würde ich denken, es ist politisch nicht opportun, jetzt einfach ohne Auftrag ein neues Projekt zu bringen. Ich hoffe, dass dieser Auftrag den Gemeinderat beim geplanten Vorgehen unterstützt. Ich hoffe, die Mehrheit wird dieser Motion zustimmen.

Mark Aellen, SP-Fraktion: Ich bin einigermassen verwirrt, und zwar weil auf der einen Seite argumentiert man hier, man möchte vorwärts machen, auf der anderen Seite wird überall die Bremse gezogen, und es werden Argumente vorgebracht, warum das Volk die Umgestaltung ablehnte. Nein, das Volk hat die vorgeschlagene Umgestaltung abgelehnt. Oder, der Platz verlottert. Ja, wir hatten ein Kiosk, das haben wir nicht mehr, wir hatten eine Toilette, die haben wir nicht mehr. Wir haben dort Gebäude in einem Zustand, der für eine Stadt einfach nicht adäquat ist. Wir sitzen hier und sagen, im Sinne des Volkes entscheiden wir nun ausser zu planen gar nichts zu tun. Wir haben das schon einmal getan. Wir hatten alles Aktionen zurückgezogen. Wir haben gesagt, wir machen einen grossen Plan. Wir scheiterten an der Urne. Und jetzt sagen wir, wir machen es noch einmal. Wir haben zuvor gehört, wie lange dieses Thema bisher bereits gedauert hat. Wir entscheiden also quasi, dass wenn wir diesen Weg gehen, machen wir jetzt die Planung für die nächsten paar Jahre. Diese Hütte bleibt dort stehen, die Toiletten fehlen, wir machen nichts. Andererseits sagen wir, doch, wir wollen Zwischennutzungen bereitstellen. Ich glaube, wir müssen uns einfach irgendwie einigen, was wir hier wollen. Wenn wir diese Motion überweisen, sagen wir im Wesentlichen, dass wir planen wollen. Wenn wir diese Motion nicht überweisen, dann sagen wir im Wesentlichen, dass wir planen aber wir lassen offen, was wir nebst dem tun. Braucht es diese Motion denn wirklich, ist die andere Frage. Denn wenn man sich darauf einigt, diese Postulate kommen so oder so, hat man mit dieser Motion auch gar nichts erreicht. Ich sehe nicht, was wir hier wollen. Wir haben kein Instrument, mit dem wir das durch eine Abstimmung lösen können. Wir können es nur lösen, wenn wir zusammenarbeiten, da gebe ich Etienne absolut recht. Wir müssen einen Weg finden, wie wir zusammenarbeiten. Auf diese Weise jetzt, machen wir das nicht. Danke schön.

Matthias Häuptli, EVP/GLP/Grüne-Fraktion: Herr Präsident, geschätzte Anwesende. Meine Fraktionskollegin legte schön dar, wie der Zustand ist. Dem kann ich mich vollumfänglich anschliessen. Ich muss noch dazu sagen, ich spreche für die GLP-Fraktionsminderheit. Es ist tatsächlich so, am Lindenplatz müsste man was vorkehren. Es ist eigentlich ein Schandfleck oder zumindest ist er keine Visitenkarte. Ich glaube aber, dass wir uns eingestehen sollten, dass die Ratlosigkeit relativ gross ist, was man das nächste Mal besser machen sollte. Das kann hier niemand sagen. Wir haben eine Umfrage, deren Resultate nicht wirklich Aufschluss darüber geben. Es war auch viel die Rede von Verantwortung, ich glaube, der Verfasser der Motion hat diesen Begriff mehrfach verwendet. Ich glaube es liegt in unserer Verantwortung zu sagen, was man das nächste Mal besser machen sollte. Und ich glaube, wenn man einen solchen neuen Anlauf zu einem grossen Wurf nimmt, was ich schön fände, wenn man den hätte, dann sollte man wirklich sagen, was denn anders in diesem neuen, grossen Wurf oder im Vorgehen sein soll. Das sehe ich in dieser Motion nicht. Solange niemand eine gute Idee hat, wie man es anders anpacken kann, damit eine Vorlage dann auch tatsächlich vor dem Volk eine Chance hat, müssen wir halt kleinere Brötli backen. In diesem Sinn werde ich diese Postulate, die noch auf der Traktandenliste stehen, unterstützen. Danke schön.

Etienne Winter, SP-Fraktion: Ich möchte es nicht noch künstlich in die Länge ziehen. Es tut mir leid. Ich will nicht hässig werden, aber wenn ich ausserhalb eines parlamentarischen Betriebs von Zusammenarbeit spreche und ich eine Mail schicke und zehn Tage warten, bis ich eine Antwort habe und wenn wir uns dann zusammensetzen und noch zwei Stunden über den Lindenplatz sprechen... Ich finde diesen Auftrag doch wunderbar, damit sich nachher ja eigentlich ein Gremium in einer Kommissionsarbeit oder eine Spezialkommission genau dieser Frage, die sich stellt, widmen kann. Aber ich finde es relativ schwierig, so diese Grundsatzentscheide, zu vierzigst hier öffentlich diskutieren und jeder anderer Meinung ist. Ich sehe es z.B. persönlich nicht so, dass diese Umfrage für nichts war. Aber wir müssen doch irgendein Gremium, ein Gefäss finden. Wenn wir das nicht einmal zwischen den Fraktionspräsidien hinbekommen, dann benötigen wir doch den Goodwill des Gemeinderats, uns z.B. einzuladen, damit es eine Sitzung gibt, dann kann sich jeder dort, wo er steht, positionieren und was der momentane Planungsstand ist. Das ist genau das, was wir tun. Wir wollen mitmachen. Aber ich finde mich nicht – Entschuldigung, ich nehme gerne ein Mandat an. Ich bin nicht hier, um zu arbeiten. Ich gebe einen Auftrag und lasse arbeiten und würde auch gerne mitarbeiten. Ich bin aber eine erwerbstätige Person, die nicht auf der Verwaltung arbeitet wie an einem Bauvorhaben, sondern ich gebe doch einen Auftrag und bringe meine Ideen ein. Es liegt doch nicht an mir als gewählten Volksvertreter, den Wurf alleine zu tun. Da benötige ich die Unterstützung einer Verwaltung, wo der Gemeinderat auch sein Sekretariat und seine Leute hat, zum Abklären, was gesetzlich möglich ist und was nicht. Ich glaube, auf diesem Grundsatz müssen wir gehen, damit wir auch ein Gefäss haben, um unsere Aspekte dort einzubringen. Jetzt habe ich geschlossen. Es tut mir leid.

Ueli Keller, EVP/GLP/Grüne-Fraktion: Geschätzte Anwesende. Ich möchte zum Schluss noch ein ganz gutes Beispiel speziell erwähnen, das mir grosse Freude macht. Wir hatten zwischen der Tramhaltestelle Kirche, dem Calvin-Haus, der Parkallee und dem Tulpenweg den Alte-Breiti-Platz. So hiess er, als ich dazu 2016 einen Antrag stellte. Der Einwohnerrat lehnte diesen Antrag ab. Der Gemeinderat und die Verwaltung haben trotzdem ein Erneuerungsprojekt durchgeführt, das heute Tulpenwegpärkli heisst. Das lief fantastisch. Ich denke, es läuft fantastisch weiter, ohne Politik, ohne Motion, ohne Bürokratie.

Jean-Jacques Winter, SP-Fraktion: Nur ganz schnell. Der Lindenplatz wurde mit der Politik von gewissen Leuten gebodigt. Es geht nicht einfach immer alles ohne Politik.

Niklaus Morat, Präsident: Gut, wenn es keine weiteren Wortmeldungen zu dieser Motion gibt, schreiben wir jetzt zur Abstimmung, ob wir diese Motion überweisen oder nicht. Wer dafür ist, dass die Motion überwiesen wird, soll das mit der Karte bezeugen. – Bitte auszählen.

://:

Die Motion ist mit 24 Ja, 11 Nein und 1 Enthaltung überwiesen.

Niklaus Morat, Präsident: Die anderen drei Geschäfte, die noch auf der Traktandenliste stehen, hängen eng zusammen. Ich möchte sie heute eigentlich durchziehen. – Also ich frage den Rat schnell an. Wer ist dafür, dass wir diese drei Geschäfte erledigen, der soll das schnell zeigen? – Wer ist dagegen?

://:

Ja also, die Nein-Stimmen haben obsiegt.

Somit machen wir für heute Feierabend und sehen uns am 11. Mai... Moment noch schnell, Moment noch schnell. Noch zwei Dinge: Zuerst, das habe ich bei meinen Meldungen aus dem Präsidium vergessen zu sagen: Ich habe bezüglich des Besuchs beim Viollier-Institut ein Doodle an alle Einwohnerräte gesandt. Ich weiss, ich benötigte zwei Anläufe. Der erste Doodle funktionierte nicht. Ich habe gleich einen zweiten gesandt. Bitte füllt ihn aus. Bis jetzt haben sich nur acht Leute gemeldet, also mit mir zusammen neun. Das zweite ist: Wir haben heute Abend in unserer Mitte jemand, der zum letzten Mal bei uns ist. Das ist Barbara Grange. Wir verabschieden sie aus dem Einwohnerrat. An der nächsten Einwohnerratssitzung wird die Nachfolge geregelt. Dann möchte ich noch schnell das Wort an Lucca Schulz übergeben.

Lucca Schulz, SP-Fraktion: Liebe Kollegen, zwei Minuten habt ihr vielleicht noch. Liebe Barbara, es tut mir leid, ich weiss, du wolltest nicht, dass wir hier etwas sagen. Aber ich meine, nach sechs Jahren Einwohnerrat, sechs Jahren Kommission, und du hattest dich ja auch noch im Schulrat engagiert, kann man doch schon mal ein Dankeschön aussprechen. Wir verlieren eine sehr wertvolle Person. Du hast klare Voten gebracht. Bei dir wusste man, dass wenn du dich äusserst, steckt auch was dahinter, hast du dir dazu was überlegt. Es war nicht einfach leeres Geschwafel. Ich persönlich werde dich vermissen und hoffe, man sieht dich wieder mal, vielleicht sehen wir dich sogar noch einmal im Rat. Vielen Dank für dein Engagement. [Applaus]

Niklaus Morat, Präsident: Herzlichen Dank, dass ihr noch so lange ausgeharrt habt. Bis zum 11. Mai. Schönen Abend!

ENDE DER SITZUNG 21.15 Uhr
